

100 JAHRE EVP KANTON BERN

Grund zu grosser Freude und Dankbarkeit

Welch eine Freude! Welch ein Vorrecht! Mit grosser Dankbarkeit und Begeisterung darf ich diese Zeilen zum 100-Jahr-Jubiläum schreiben. Dankbar bin ich für all die unzähligen Vorgängerinnen und Vorgänger, die sich in den letzten 100 Jahren mit ihren unterschiedlichen gesellschaftlichen Herausforderungen und politischen Strömungen immer ehrenamtlich, aber mit umso mehr Herzblut engagiert haben. Es waren viele überzeugte Frauen (am Anfang noch etwas weniger) und Männer, die sich in diesem Jahrhundert Parteigeschichte in Vorständen, Kommissionen, im Grossen Rat und



Christine Schnegg

in anderen politischen Ämtern eingebracht haben, mitgearbeitet haben und für die Werte der EVP eingestanden sind. Ich bin überzeugt, dass gerade das tief verwurzelte Fundament im Evangelium den aktiven Parteimitgliedern immer wieder Motivation, Kraft und Freude gab, die politischen Herausforderungen anzupacken und sich für das Wohl der Gesellschaft einzusetzen. Wenn eine Partei 100-jährig wird, zeugt dies davon, dass es den aktiven Mitgliedern immer wieder gelungen ist, Junge nachzuziehen. Das geschieht nicht von selbst, sondern braucht Überzeugungskraft, fordert konkrete Strategien und hängt auch von einer einladenden und wertschätzenden Ausstrahlung ab. Die Jubilarin hat zwar nicht immer nur erfolgreiche und einfache Zeiten erlebt. Aber sie war stark da-

rin, Krisen zu meistern und vorwärts zu schauen und dabei stetig zu wachsen.

Eine eindrückliche Erfolgsgeschichte! Ich wünsche der EVP Kanton Bern für die Zukunft weiterhin Weisheit in den strategischen und politischen Entscheiden; Motivation für alle nötigen Sitzungen, Besprechungen und Aktionen; Mut, die Werte der EVP auch bei Gegenwind zu vertreten; Kraft und Freude, um in die nächste Generation zu investieren und bei allem Schaffen die Freude an der Arbeit nicht zu verlieren.

Mit dem heute noch gültigen Zitat aus einem Wahlauftrag von 1919 wünsche ich Ihnen viel Vergnügen beim Lesen dieser Jubiläumsausgabe: «Der Nährboden für eine gedeihliche Volksgemeinschaft ist das Evangelium von Jesus Christus. Dessen Hauptforderung heisst:



Liebe, Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung.»

Wir haben einen Auftrag – es gibt noch viel zu tun.

Christine Schnegg
Präsidentin EVP Kanton Bern

KANTONALE VOLKSABSTIMMUNG VOM 19. MAI 2019

Für eine nachhaltige Sozialhilfe

Am 19. Mai stimmen Bernerinnen und Berner über das Sozialhilfegesetz ab. Sie haben dabei die Wahl zwischen einer Kürzung der Sozialhilfe und dem Volksvorschlag «Wirksame Sozialhilfe».

Gegen den Willen der EVP kürzte die Mehrheit des Grosse Rates 2018 den Grundbedarf der Sozialhilfe um 8%. Dies ist für viele Betroffene gravierend. So erhält eine vierköpfige



Familie für die Ernährung noch ganze sieben Franken pro Tag und Person.

Das Komitee «Wirksame Sozialhilfe» sammelte unter Mithilfe der EVP deshalb über 16 000 Unterschriften für den Volksvorschlag «Wirksame Sozialhilfe». Dieser stellt den Kürzungen Massnahmen gegenüber, um Menschen in den Arbeitsmarkt zurückzubringen und vor Armut zu schützen. Die EVP sieht auch den Status quo als Alternative und beschloss zum Volksvorschlag darum Stimmfreigabe. Mehr dazu auf Seite 11.

Stimmen Sie nein zur Vorlage des Grossen Rates und setzen Sie bei der Stichfrage das Kreuz beim Volksvorschlag.

Barbara Streit-Stettler, Grossrätin

| Parolen zum 19. Mai 2019 | | |
|--------------------------|-------------------------|----------------|
| | Steuerreform/AHV (STAF) | JA |
| | Waffenrichtlinie | JA |
| | Sozialhilfegesetz: | |
| | Grossratsvorlage | NEIN |
| | Volksvorschlag | Stimmfreigabe |
| | Stichfrage | Volksvorschlag |

100 Jahre EVP Kanton Bern

DIE ANFÄNGE DER EVP

1919 wird der Grundstein für die bernische Kantonalpartei gelegt: Die EVP beteiligt sich erstmals an den Nationalratswahlen und es entstehen fünf Ortsgruppen.

Seiten 2–3

DIE EVP IM GROSSEN RAT

1958 gelingt der EVP der Sprung in den Grossen Rat. Was bescheiden beginnt, entwickelt sich zur Erfolgsgeschichte. Die EVP wird zur prägenden Kraft in der Mitte.

Seiten 4–5

DIE EVP IM NATIONALRAT

1967 gewinnt die Berner EVP ihren ersten Nationalratssitz. Seither sind die Berner Nationalratsmitglieder der EVP mit Herz und Profil in der Bundespolitik engagiert.

Seiten 6–7

DER AUFSCHWUNG DER EVP

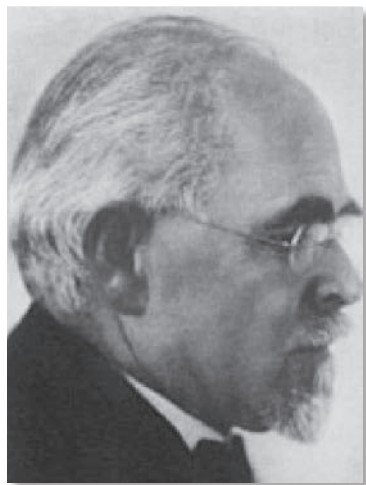
Ab Ende der 1960er Jahre erlebt die EVP einen kontinuierlichen Aufschwung. Sie etabliert sich als feste Grösse in der bernischen Parteienlandschaft.

Seiten 8–9

Erfolgreicher Start und langer Atem

Die Schweiz im Nachkriegsjahr 1919. Christen gründen die Evangelische Volkspartei (EVP). Sie wollen ihre Mitchristen motivieren, Verantwortung zu übernehmen und die Gesellschaft auf der Basis christlicher Werte mitzugestalten. Angesichts sozialer Not und tiefer politischer Gräben wollen sie Brücken bauen. Die Anfänge der EVP im Kanton Bern sind vorerst bescheiden. Lange bleibt die EVP hauptsächlich lokal aktiv.

Nach der Einführung des Proporzwahlrechts nahm die Politische Vereinigung christlicher Bürger 1917 an den Wahlen für den Stadtrat von Bern teil und errang einen Sitz. Nachdem im gleichen Jahr die Protestantisch-kirchliche Partei im Kanton Zürich zwei Sitze im Kantonsparlament gewann, ergriff der in Bern lebende Zürcher Kaufmann **Arnold Muggli** die Initiative zur Bildung einer evangelischen Partei. Das entscheidende Anliegen war, evangelische Christen zu ermutigen, die Gesellschaft auf Basis der christlichen Werte positiv



Arnold Muggli (Zentralpräsident EVP CH).

mitzugestalten sowie die tiefen gesellschaftlichen Gräben zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft zu überbrücken, die nach Ende des 1. Weltkrieges in der Schweiz bestanden. Der Generalstreik von 1918 war sichtbarster Ausdruck dieser krassen Gegensätze.

Gründung der EVP Schweiz

Die Gründung der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) fand am 10. Mai 1919 im Zwingliaal des Vereinshauses «Glockenhof» in Zürich statt. Dort prangte das Wort des Reformators Ulrich Zwingli, das als Leitwort dienen sollte: «*Tut um Gottes Willen etwas Tapferes*». Erster Zentralpräsident der EVP wurde Arnold Muggli. Die Gründer wählten einen Parteinamen, der bis heute seine Gültigkeit bewahrt hat. Die EVP ist eine Volkspartei. Sie ist keine Massenpartei, doch sie vereint Christen aus

den unterschiedlichsten Schichten. Christen sollten wesentliche Fragen miteinander diskutieren und sich dann in die Gesellschaft einbringen.

Sozialpolitische Ausrichtung

Die EVP steht seit ihrer Gründungszeit dem positiven, d. h. bibeltreuen Protestantismus nahe. Programatisch wegweisend für die EVP war in der Anfangsphase der Basler Geschichtswissenschaftler **Hermann Bächtold**. Im Januar 1921 stellte er 26 Leitsätze als «Sozialpolitische Richtlinien» vor. Sie dienten als Basis für das erste Parteiprogramm der EVP und waren für die damalige Zeit radikal: für die Gründung einer AHV/IV; für eine verstärkte Erbschaftsteuer; für eine «gerechtere Verteilung des Gesamtvolkseinkommens» über die Lohngestaltung; gegen das «*Übel der Steuerhinterziehung unter dem Deckmantel des Bankgeheimnisses*».

Erste Nationalratsliste

Im Kanton Bern beteiligte sich die EVP unter Federführung der Politischen Vereinigung christlicher Bürger der Stadt Bern, die sich nach der Gründung der schweizerischen Partei in EVP-Ortsgruppe Bern unbeannt hatte, 1919 erstmals an den Nationalratswahlen. Arnold Muggli sowie sechs weitere Männer aus allen Kantonsteilen, darunter auch zwei welsche Kandidaten, stellten sich zur Wahl. Der Wahlaufuf (siehe Abbildung) war unterzeichnet mit «Das Aktionskomitee der Evangelischen Volkspartei des Kantons Bern». Zum ersten Mal in ihrer Geschichte trat die EVP damit auf gesamtkantonalen Ebene in Erscheinung, auch wenn die Kantonalpartei formell noch gar nicht gegründet war. Begünstigt wurde die erstmalige Teilnahme an einem nationalen Wahlgang durch die 1918 per Volksinitiative erkämpfte Einführung des Proporzwahlrechts auf Bundesebene. Es eröffnete erstmals auch kleineren Gruppierungen die Chance auf einen Parlamentsitz.

Ohne Sitzgewinn in Bern

Für einen Nationalratsitz reichte es der EVP im Kanton Bern im Gegensatz zum Kanton Zürich, wo der Arzt und Schriftsteller **Hans Hoppeler**

gewählt wurde, 1919 allerdings noch nicht. Mit einem Wähleranteil von 1,2% war die Berner EVP weit weg von einem Sitzgewinn (3,0% waren für ein Vollmandat erforderlich). Am meisten Stimmen auf der EVP-Liste erhielten die zwei Oberländer Kandidaten: der Hilterfinger **Friedrich Grossen**, von 1892–1913 Vorsteher der kantonalen Erziehungsanstalt Trachselwald, mit 4906 Stimmen, und der Spiezer Arzt und Synodalrat **Ernst Mützenberg** mit 4839 Stim-



Hans Hoppeler (erster EVP-Nationalrat).

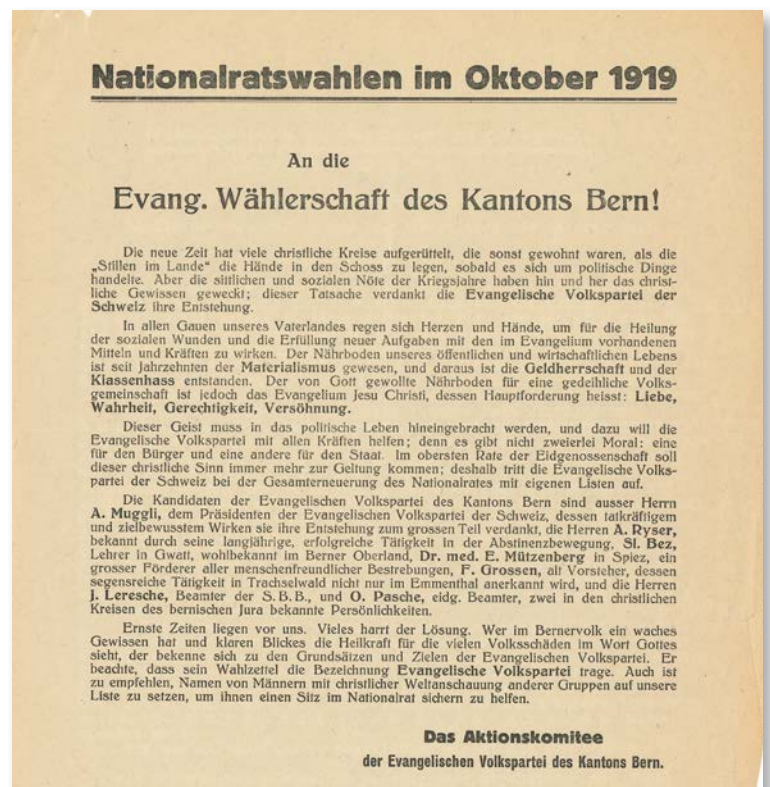
«Diese Aktion hat uns keinen Sitz im Nationalrat gebracht, aber die EVP hat sich damit im Kanton Bern bekannt gemacht.»

Arnold Muggli
Präsident EVP-Ortsgruppe Bern
Zentralpräsident EVP CH

Positive Impulse

Trotz des verpassten Nationalratsitzes wertete Arnold Muggli, der neben seinem Amt als Zentralpräsident der EVP Schweiz gleichzeitig Wahlleiter und Präsident der Ortsgruppe Bern war, diese erste Wahlteilnahme als positiv: «*Diese Aktion hat uns keinen Sitz im Nationalrat gebracht, aber die EVP hat sich damit im Kanton Bern bekannt gemacht. Diese Aktion wird uns noch Früchte bringen. Sie wird uns die Gründung einer kantonalen Partei erleichtern.*» Mit dieser Analyse sollte Muggli recht behalten, auch wenn es noch fast fünf Jahrzehnte dauern sollte, bis sich eine schlagkräftige Kantonalpartei zu formieren begann. Neben der EVP-Ortsgruppe Bern (bereits 1917 als Politische Vereinigung christlicher Bürger gegründet) entstanden 1919 im Kanton Bern weitere Ortsparteien in Biel, Thun,

men. Dass es eine rekordverdächtige Wahlbeteiligung von 83,4% gab und dass keine Listenverbindung zustande kam, waren einem Erfolg der EVP nicht eben förderlich gewesen. Die anderen Parteien betrachteten die EVP als unerwünschte Splittergruppe und Konkurrentin.



Wahlaufuf zu den Nationalratswahlen 1919.

Präsidien der EVP Kanton Bern seit 1919

| | |
|------------|---|
| 1919–1920 | Die Partei ist ohne formelles Präsidium aktiv |
| 1921–1930* | Arnold Muggli, Bern (verstorben im Amt) |
| 1930–1934 | Gottfried Hauswirth, Bern |
| 1934–1936 | Friedrich Schiffmann, Thun |
| 1936–1937 | Heinrich Schenkel, Bern |
| 1937–1939 | Gottfried Gygax, Bern |
| 1939–1942 | Alfred Chevalier, Bern |
| 1942–1943 | Ernst Lutz, Bern (verstorben im Amt) |
| 1944–1948 | Hans Debernardi, Bern |
| 1948–1952 | Reinhard Goebel, Bern |
| 1952–1955 | Otto Zwygart sen., Köniz |
| 1955–1962 | Paul Stotzer, Bern |

| | |
|-----------|------------------------------------|
| 1962–1978 | Alfred Kunz, Steffisburg |
| 1978–1984 | Otto Zwygart jun., Bolligen |
| 1984–1989 | Hans Joder, Steffisburg |
| 1989–1991 | Peter Geissler, Bern |
| 1991–1998 | Markus Rentsch, Burgdorf |
| 1998–2005 | Walter Bieri, Goldiwil (Thun) |
| 2005–2006 | Heinz Dätwyler, Lotzwil |
| 2006–2008 | Monika Wandel, a. i., Wabern |
| 2008–2012 | Gerhard Baumgartner, Ostermundigen |
| 2012– | Christine Schnegg, Lyss |

* Arnold Mugglis Amtszeit von 1921 bis 1930 ist nicht lückenlos belegt.

Steffisburg und Saanen. Somit besteht die EVP im Kanton Bern seit 1919. Gemäss Jahresbericht der EVP Schweiz hatte die bernische EVP 1920 rund 500 Mitglieder. Am Anfang zählte sie noch verhältnismässig viele Bauern unter ihren Mitgliedern. Mit der Gründung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) wurden jedoch der EVP die meisten Landwirte entzogen.

Harziger Aufbau der Partei

Die formelle Gründung der EVP Kanton Bern verzögerte sich u. a. wegen der Klauenseuche und erfolgte erst am 29. Januar 1921 im Rathaus in Bern. Erster Kantonalpräsident wurde Arnold Muggli, der das Amt bis zu seinem Tod im Jahr 1930 ausübte. Der Aufbau der Partei im

Kanton Bern verlief jedoch harzig. Gerade auf dem Land bekundete die mehrheitlich konservativ geprägte Bevölkerung Mühe mit der sozial-progressiven Ausrichtung der EVP. Trotz diverser Bemühungen entstanden längere Zeit keine weiteren Ortsgruppen mehr. Einzige Ausnahme blieb die «Groupe romand du Parti populaire évangélique», die sich – als erste welsche Sektion der EVP überhaupt – 1929 im zweisprachigen Biel konstituierte. Allerdings ging diese Gruppe wegen der verschärften Wirtschaftskrise in der Uhrenstadt bereits 1931 wieder ein. Erst 1950 wurden die Regionalgruppen Emmental und Herzogenbuchsee gegründet. 1956 folgte die Ortspartei Köniz und 1965 jene von Bolligen.

Passive Kantonalpartei

Die Mitglieder des Kantonalvorstands waren in erster Linie auf lokaler Ebene für die EVP tätig. Ihnen blieb für die Arbeit in den kantonalen Gremien kaum Zeit. Dementsprechend

«Nicht bürgerlich, nicht sozialistisch, sondern frei von Links und Rechts, das soll unser Ziel sein.»

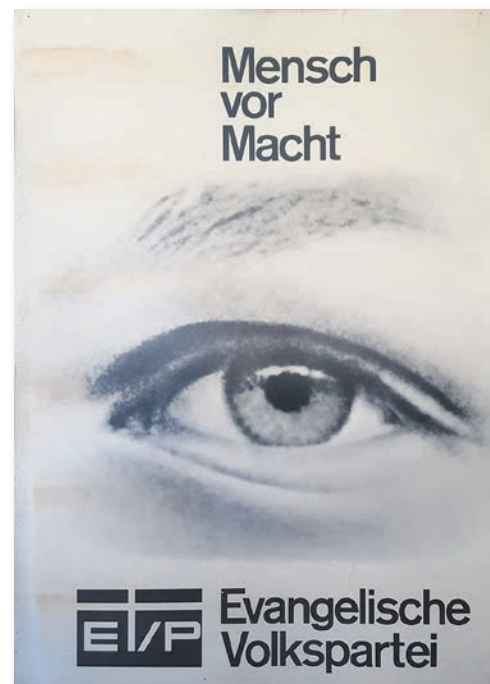
Arnold Muggli, Präsident EVP-Ortsgruppe Bern / Zentralpräsident EVP CH

war die Kantonalpartei wenig initiativ und aktiv. So beteiligte sie sich nach 1919 erst 1963 wieder an einer Nationalratswahl. Sie beschränkte sich darauf, christlich gesinnte Kandidaten aus anderen Parteien zur

Berner Stadtrat **Ernst Lutz** (1935 bis 1941) während dieser Zeit zweimal den Zentralpräsidenten der EVP Schweiz.

Heiner Studer / Philippe Messerli

Wahlplakate aus verschiedenen Jahrzehnten



Vom Mauerblümchen zur prägenden Kraft der Mitte

1958 gewinnt die EVP ihren ersten Grossratsitz. Aus bescheidenen Anfängen wird eine eindrucklichen Erfolgsgeschichte. Die EVP gewinnt an Profil und Stärke. 1994 bildet sie eine eigene Fraktion und wird im Grossen Rat allmählich zur verbindenden, prägenden Kraft in der Mitte.

Im Oktober 1953 forderte der damalige Berner EVP-Kantonalpräsident **Otto Zwygart sen.** die Ortsgruppen in einem Schreiben ausdrücklich zur Teilnahme an den Grossratswahlen auf und stellte die dazu nötigen Werbemittel in Aussicht: «*Der Kantonalvorstand ist der Meinung, dass eine aktive Beteiligung an den kantonalen Wahlen endlich gewagt werden muss, wenn wir eine lebendige politische Partei sein wollen.*» Der Aufruf zeigte Wirkung. Die Ortsgruppe Bern wagte 1954 ihre erste, da noch erfolglose Teilnahme an den Grossratswahlen.

Erster Grossratsitz 1958

Vier Jahre später war es dann soweit. Bei den Grossratswahlen 1958 errang die EVP im Wahlkreis Bern-Stadt mit Stadtrat **Alfred Wachter** zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen Sitz im Grossen Rat. 1960 verstarb Wachter im Amt. Sein Nachfolger war der Stadtrat und Schriftsteller **Emil Ernst Ronner**. Bei den Grossratswahlen 1966 ging der Stadtberner Sitz jedoch wieder verloren. Dafür wurde im selben Jahr der Thuner EVP-Vertreter **Willy Linder**, Inhaber einer Milchhandlung, auf einer Liste der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB; ab 1971 SVP) gewählt. Linder, der seine Wiederwahl 1970 auf einer BGB-Liste erreichte, blieb bis 1978 im Amt. Die EVP ist somit seit 1958 ununterbrochen im Grossen Rat vertreten.

Weitere Sitze ab 1970

Der Berner Stadtpartei fehlte vorerst der Mut, sich 1970 wieder an den Grossratswahlen zu beteiligen. Einige aktive Mitglieder, auch aus den umliegenden Gemeinden, stellten aber eine Kandidatenliste zusammen und unterbreiteten diese der Stadtpartei zur Genehmigung. Der EVP-Sitz in der Stadt Bern konnte zurückerobert werden. Gewählt wurde der 33-jährige Berner Stadtrat **Hanspeter Aebischer**. Leider musste er – nach nur einer Session – sein Amt aus gesundheitlichen Gründen wieder aufgeben. Als Nachfolger rückte im September 1970 der erste Ersatzmann **Hans Aebi** aus Bolligen nach. Er war Adjunkt bei der Kreispostdirektion PTT und übte sein Grossratsmandat bis 1980 aus. Es war naheliegend, dass die beiden EVP-Grossräte in der SVP-Fraktion Einsitz nahmen. Die frühere BGB wurde lange als diejenige Partei empfunden, mit der man am meisten

Gemeinsamkeiten hatte. Auf dem Land waren viele ihrer Mitglieder kirchlich engagiert. Spürbaren Schub erhielt die EVP ab 1971 dank der Einführung des Frauenstimmrechts. 1974 gewann die EVP im Wahlkreis Bern-Land einen weiteren Grossratsitz. Der neu gewählte Bolliger Sekundarlehrer **Otto Zwygart jun.** schrieb zur Mitwirkung in der SVP-Fraktion: «*Da erfuhr ich Ancien régime pur. In der Gesamtfraktion hiess es bei wichtigen Geschäften:*

«Wir hielten uns zurück mit Vorstössen; dafür war die Freude umso grösser, wenn die Ratsmehrheit unsere Anliegen unterstützte.» Erwin Baumann, EVP-Grossrat 1980–1984

Der Fraktionsvorstand hat so und so entschieden. Die Begründungen lieferte meistens der Parteisekretär.»

Fraktion mit dem LdU

Der EVP wurde im Verlaufe der 1970er Jahre zunehmend bewusst, dass sie eine Mittepartei ist. Mit der Gründung der nationalreligiösen Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) formierte sich 1975 eine neue Partei, in der Überfremdungsgegner und dezidierte Antikatholiken aus dem evangelischen Umfeld eine politische Heimat fanden. Dies führte bei der EVP zu einer Klärung und einer stärkeren Positionierung zur Mitte hin. Die Partei war gesellschaftspolitisch konservativ und zugleich sozial und ökologisch ausgerichtet. Deshalb war es naheliegend, dass ab 1979 im Grossen Rat eine Fraktion mit dem Landesring der Unabhängigen (LdU) gebildet wurde. Dies umso mehr, als die EVP bei den Wahlen ein Jahr zuvor einen vierten Grossratsitz hinzugewonnen hatte. Mit dem Münsinger **Hans Moser** wurde erstmals ein Sitz im Wahlkreis Konolfingen erobert. **Erwin Baumann**, EVP-Grossrat von 1980 bis 1984, wertete die Fraktionsgemeinschaft mit dem LdU rückblickend als durchwegs positiv: «*Die Aufgaben wurden den Neigungen entsprechend verteilt. Das Resultat war eine jahrelange fruchtbare Zusammenarbeit. Wir hielten uns zurück mit Vorstössen; dafür war die Freude umso grösser, wenn die Mehrheit des Rates unsere Anliegen unterstützte. Man betrachtete uns eindeutig als Fraktion der Mitte. Vorstösse wie «Umwandlung von*

Büroraum in Wohnraum», «Beiträge für Hauspflege (Spitex)» oder «Rauchverbot in Schulhäusern (Drogenprophylaxe)» fanden eine Ratsmehrheit.»

Erste EVP-Grossrätin 1984

1982 gewann die EVP mit **Konrad Hari** (Adelboden), **Markus Rentsch** (Burgdorf) und **Fritz Gugger** (Uetendorf) drei weitere Sitze hinzu. Die EVP hatte damit neu sieben Grossratsitze. 1984 zog mit **Maria Schaeer-Lüthi** aus Bern die erste EVP-Frau ins kantonale Parlament ein und brachte neuen Schwung in die Partei und Fraktion. Bisweilen war die EVP ihrer Zeit weit voraus. So forderte EVP-Grossrat **Daniel Lüscher** mit einer Motion bereits 1986 die Schaffung

eines Lehrstuhls für erneuerbare Energien an einer Ingenieurschule HTL! Nach dem vorläufigen Höhepunkt von 1982 folgte für die EVP eine kurze Phase der Schwäche. 1986 ging ein Sitz verloren und 1990 waren es nur noch vier Ratsmitglieder. Allerdings lag der gesamte Wählendenanteil bei 3,4%, was bei damals 200 Grossratsmitgliedern für mehr Sitze hätte reichen sollen. Bereits 1994 erreichte die EVP bei einem Stimmenanteil von 4,0% insgesamt sieben Grossratsitze und war damit wieder auf dem Stand von 1982. Mit **Johannes Schwarz** und **Heinz Benjamin Zaugg** eroberte sie die verlorenen Sitze in Konolfingen und Burgdorf zurück und gewann mit **Heinz Dätwyler** (Lotzwil) erstmals einen Sitz im Obergeraargau.

Höhenflug der EVP ab 1994

Zur Enttäuschung des LdU beschloss die EVP 1994, erstmals eine eigene Grossratsfraktion zu bilden. Damit feiert die EVP im Jahr 2019 nicht nur ihr 100-Jahr-Jubiläum, sondern gleichzeitig das 25-jährige Bestehen der EVP-Grossratsfraktion. Diese kann auf eine eindruckliche Erfolgsgeschichte zurückblicken. Dank aktiver Aufbau- und Basisarbeit und erfolgreichen Listenverbindungen wuchs die Fraktion 1998 auf acht Mitglieder (Wählendenanteil 4,4%), 2002 auf 11 (6,0%) und 2006 sogar auf den bisherigen Höchststand von 13 Mitgliedern (7,3%) – dies notabene trotz der Reduktion des Grossen Rates von 200 auf 160 Mitglieder! Dieser Aufschwung war nicht zuletzt ein

Verdienst von EVP-Geschäftsführer und Parteistrategie **Ruedi Löffel**, der 2002 selber in den Grossen Rat gewählt wurde.

Leicht gebremstes Wachstum

Der bemerkenswerte Stimmenzuwachs ab Mitte der 1990er Jahre wurde dadurch begünstigt, dass die EVP für unzufriedene SVP-Wählende, die den neuen Kurs ihrer Partei ablehnten, eine wählbare Alternative darstellte. Mit der Gründung der BDP fanden ehemalige SVP-Wählende eine neu-alte Heimat, quasi die Auferstehung der früheren BGB. Dies bewirkte bei den Grossratswahlen 2010 einen Rückgang des EVP-Stimmenanteils auf 5,9% und schmerzhafte Sitzverluste in den Wahlkreisen Bern-Stadt, Biel-Seeland, Mittelland-Nord und Obergeraargau. Erfreulich war hingegen der Sitzgewinn im Berner Jura von **Patrick Gsteiger**. Damit war die EVP-Fraktion erstmals auch im französischsprachigen Kantonsteil vertreten und ab 2010 mit zehn Personen im Grossen Rat. 2014 wurden zwei Sitze zurückgewonnen (12 Sitze mit 6,4% Wählendenanteil), die leider 2018 wieder abgegeben werden mussten (10 Sitze, 6,17%). Seit 2014 ist die EVP in allen neun Wahlkreisen mit mindestens einer Grossrätin oder einem Grossrat vertreten.

Prägende Kraft in der Mitte

Die EVP mauserte sich im Grossen Rat allmählich zur verbindenden und prägenden Kraft in der Mitte. Im Jubiläumsjahr ist die EVP in allen Aufsichts- und Sachbereichskommissionen mit mindestens einem Mitglied vertreten und damit auch dort präsent, wo die wichtigen Weichenstellungen im Ratsplenum gestellt werden. Ihre Mitglieder haben viele Reformprojekte angestossen und die kantonale Gesetzgebung aktiv mitgeprägt wie zum Beispiel die Schuldenbremse, Passivrauchschutz, Familienstrategie, obligatorische Einbürgerungskurse, Wasserstrategie, Konzept Frühe Förderung, Palliative Care, Effizienzsteigerung in der Verwaltung und E-Government-Strategie. Ein eigenständiges Profil entwickelte die EVP-Fraktion nicht zuletzt in der Finanzpolitik («*Der leise Aufstieg der stillen EVP*», «Der Bund», 23. 2. 2009): «*Keine andere Partei hat so konsequent dem Schuldenabbau Vorrang gegeben. Mit der Ratslinken kämpfte die EVP für Masshalten bei Steuersenkungen, mit den Bürgerlichen setzte sie sich für Masshalten bei neuen Staatsaufgaben ein.*»

Heiner Studer / Philippe Messerli

Alle Berner EVP-Grossratsmitglieder seit 1958

Seit 1958 haben sich für die EVP insgesamt 39 Grossräte und 9 Grossrätinnen mit viel Engagement und Kompetenz zum Wohle unseres Kantons und seiner Bevölkerung eingesetzt. Zweimal stellte die EVP bisher einen Grossratspräsidenten: **Heinz Dätwyler** (2004/05) und **Marc Jost** (2015/16).



Die aktuelle EVP-Fraktion, v.l.n.r.: Martin Aeschlimann, Melanie Beutler, Christine Grogg, Tom Gerber, Marc Jost, Hans Kipfer, Ruedi Löffel, Christine Schnegg, Barbara Streit, Markus Wenger

BERN-STADT

- 1958–1960 Alfred Wachter, *1889, †1960, Dienstchef eidg. Finanzverwaltung, Bern
- 1960–1966 Emil Ernst Ronner, *1903, †2000, Lehrer, Schriftsteller, Bern
- 1970 Hanspeter Aebischer, *1937, †1987, Lehrer, Bern
- 1970–1980 Hans Aebi, *1917, †1983, Adjunkt KPD PTT, Bolligen
- 1980–1984 Erwin Baumann, *1930, eidg. dipl. Baumeister, Oberbottigen
- 1984–1990 Maria Schaer-Lüthi, *1926, †2006, Hausfrau, Bern
- 1986–1993 Daniel Lüscher, *1953, Sozialtherapeut, Bern/Köniz
- 1993–1995 Heidi Reist-Weber, *1940, Arbeitslehrerin, Bern
- 1995–2005 Otto Mosimann, *1935, Lehrer und Berater/Supervisor, Bern/Ittigen
- 2005–2010 Wilfried Gasser, *1957, Arzt/Parartherapeut/Psychiater, Bern/Wabern
- 2014– **Barbara Streit-Stettler, *1962, Kommunikationsfachfrau, Bern**

MITTELLAND-NORD

- 1974–1983 Otto Zwygart, *1940, lic. phil. II, Sekundarlehrer, Bolligen
- 1983–2000 Rolf Blatter, *1933, †2015, Gymnasiallehrer, Bolligen
- 1999–2017 Niklaus Gfeller, *1963, Gemeindepräsident, Physiker Dr. phil. nat., Rüfenacht
- 2000–2010 Gerhard Baumgartner, *1947, Leiter Regionales Kompetenzzentrum, Ostermundigen
- 2002– **Ruedi Löffel, *1962, Leiter Prävention und Gesundheitsförderung Blaues Kreuz BE-SO-FR, Münchenbuchsee**
- 2017–2018 Thomas Leiser, *1965, Schreiner, Unternehmer, Worb

MITTELLAND-SÜD

- 1978–1984 Hans Moser, *1938, Kaufmann, Münsingen
- 1984–1990 / 1994–1999 Johannes Schwarz, *1944, Spitex-Zentrumsleiter, Konolfingen
- 1998–2010 Marianne Streiff-Feller, *1957, Lehrerin, Oberwangen
- 2008– **Hans Kipfer, *1966, Gastwirt, Restaurateur-Hotelier HF, Münsingen** (bis Mai 2018 Vertreter im Wahlkreis Thun)

THUN

- 1966–1978 Willy Linder, *1913, †1987 Milchwirtschafter, Heiligenschwendli
- 1978–1986 Alfred Kunz, *1924, †1989, eidg. dipl. Gärtnermeister, Steffisburg
- 1982–1994 Fritz Gugger, *1939, Heimleiter, Uetendorf
- 1994–2008 Walter Bieri, *1942, eidg. dipl. Zimmermeister, Goldiwil
- 2006– **Marc Jost, *1974, Pfarrer, Generalsekretär SEA, Thun**
- 2010– **Melanie Beutler-Hohenberger, *1977, Familienfrau, Gwatt** (bis Mai 2018 Vertreterin im Wahlkreis Mittelland-Süd)

EMMENTAL

- 1982–1986 Markus Rentsch, *1953, Chemiker HTL, Burgdorf
- 1994–2000 Heinz Benjamin Zaugg, *1943, Lehrer WBK, Burgdorf
- 2000–2004 Katharina Bula, *1955, Lehrerin, Burgdorf
- 2005–2006 Thomas Ulrich Grimm, *1967, Tee-Designer, Kaufmann BBA, Burgdorf
- 2006–2012 Josef Jenni, *1953, Elektroingenieur HTL, Geschäftsführer, Oberburg
- 2012– **Martin Aeschlimann, *1966, dipl. Architekt, Burgdorf**

OBERLAND

- 1982–1994 Konrad Hari, *1940, Hotelier, Adelboden
- 1995–1998 Hans Bettschen, *1944, Leiter Logistik, Scharnachtal
- 1998–2000 Walter Donzé, *1946, Geschäftsführer, Missionsleiter, Frutigen
- 2000–2013 Markus Gossen, *1956, Unternehmer, Reichenbach im Kandertal
- 2013– **Markus Wenger, *1957, Unternehmer SIU, Spiez**

OBERAARGAU

- 1994–2007 Heinz Dätwyler, *1951, Handelslehrer HSG, Lotzwil
- 2002–2008 Erwin Sommer, *1959, Schulleiter, Lehrer, Melchnau
- 2007–2010 Reto Steiner, *1971, Prof. Dr., Universitätsdozent, Langenthal

- 2008–2014 Daniel Steiner-Brütsch, *1973, Bereichsleiter Mathematik PH Zürich, Langenthal
- 2014– **Christine Grogg-Meyer, *1963, dipl. Bäuerin, Lehrerin, Thunstetten-Bützberg**

BIEL-SEELAND

- 2002–2005 Margrit Staub, *1956, Floristin, Lyss
- 2005– **Christine Schnegg, *1966, Familienfrau, Lyss**
- 2006–2010 / 2014–2018 Philippe Messerli, *1969, Historiker lic. phil., Geschäftsführer EVP BE, Nidau

JURA BERNOIS

- 2010–2017 Patrick Gsteiger, *1967, conseiller en énergie indépendant, Eschert
- 2017– **Tom Gerber, *1976, maître-agriculteur indépendant, Reconvilier**

Vertretung der EVP im Grossen Rat

(bis 2006 insgesamt 200 Mitglieder, seither 160)

- 1958–1966: 1 Sitz in Bern-Stadt, 1966 verloren; 2,1 % Wähleranteil
- 1966–1970: 1 Sitz in Thun; Willy Linder auf der Liste der BGB gewählt
- 1970–1974: 2 Sitze: Bern-Stadt 3,5 % Wähleranteil, Thun
- 1974–1978: 3 Sitze: Bern-Stadt, Thun und Bern-Land
- 1978–1982: 4 Sitze: zusätzlich in Konolfingen
- 1982–1986: 7 Sitze: zusätzlich Burgdorf, Frutigen und 2. Sitz in Thun
- 1986–1990: 6 Sitze: minus 1 Sitz in Thun
- 1990–1994: 4 Sitze: 3,4%; Sitzverluste in Burgdorf und Konolfingen
- 1994–1998: 7 Sitze: 4,0%; Sitzgewinne in Aarwangen, Burgdorf und Konolfingen
- 1998–2002: 8 Sitze: 4,4%; Sitzgewinn in Bern-Land
- 2002–2006: 11 Sitze: 6,0%; Sitzgewinne im Seeland, in Fraubrunnen und im Oberaargau
- 2006–2010: 13 Sitze: 7,3 % Sitzgewinne in Thun und im Seeland
- 2010–2014: 10 Sitze: 5,9%; erstmaliger Sitzgewinn im Berner Jura; Sitzverluste in Bern-Stadt, Mittelland, Oberaargau und Seeland
- 2014–2018: 12 Sitze; 6,4%; Sitzgewinne in Bern-Stadt und Seeland
- 2018–2022: 10 Sitze; 6,2%; Sitzverluste in Mittelland-Nord und im Seeland

Mit Herz und Profil in der Bundespolitik

1967 gewinnt die EVP im Kanton Bern mit Paul Aebischer ihren ersten Nationalratssitz. Seither ist sie stets im Bundeshaus vertreten. Im Kanton Zürich zieht die EVP bereits 1919 in den Nationalrat ein. Seit 100 Jahren engagieren sich die EVP-Nationalratsmitglieder für mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde.

Seit 1919 ist die Zürcher EVP – mit einem Unterbruch von vier Jahren während des 2. Weltkriegs – immer im Nationalrat vertreten. Der Gewinn eines zweiten EVP-Nationalratssitzes im Kanton Zürich 1959 motivierte die bernische EVP, sich 1963 wieder einmal an einer Nationalratswahl zu beteiligen. Der Wähleranteil von 1,9% reichte nicht für einen Sitz. Jedoch fehlten der EVP, die mit dem LdU eine Listenverbindung eingegangen war, nur gerade 71 Listen zum Gewinn eines Restmandates. Nachteilig war, dass mit der Liste «Parteilose evangelisch-christliche Bürger» eine weitere Gruppierung um die Gunst der evangelischen Wähler buhlte. Es gelang jedoch, wichtige Exponenten dieser Liste einzubinden, so dass die EVP 1967 den ersehnten Nationalratssitz aus eigener Kraft erreichte (Wähleranteil von 2,8%). **Paul Aebischer**, Blaukreuzfürsorger und seit acht Jahren Berner Stadtrat, zog ins Bundeshaus ein. Seit 1967 ist die bernische EVP nun ununterbrochen im Nationalrat vertreten.

Seit 1919 im Nationalrat dabei

Bereits 1919, also 48 Jahre vor dem ersten Berner EVP-Nationalrat, wurde im Kanton Zürich der populäre Zürcher Arzt und Schriftsteller **Hans Hoppeler** (Nationalrat 1919–39) als erster EVP-Vertreter ins Bundeshaus gewählt. Er war ein mutiger Einzelkämpfer, der in Wort und Schrift für die Umsetzung biblischer Werte kämpfte. Dank ihm bekam die EVP national Gehör. Auf Hoppeler folgten für die EVP bis heute weitere 15 Nationalräte und zwei Nationalrätinnen. Fünf davon kamen aus dem Kanton Bern (siehe die Porträts auf der nächsten Seite). Auf der Basis christlicher Werte engagieren sich die EVP-Nationalratsmitglieder seit nunmehr 100 Jahren mit Herz und Profil fürs Gemeinwohl. Zu ihren Schwerpunkten gehören die folgenden fünf Themen:

1. Soziale Gerechtigkeit

Seit ihrer Gründung erbt die EVP im Sinne christlicher Verantwortung und gelebter Nächstenliebe ihre Stimme zugunsten der Schwächsten in unserer Gesellschaft und setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein. **Hans Hoppeler** kämpfte 1931 im Nationalrat für die Einführung der AHV/IV. **Ernst Schmid-Märki** (Nationalrat 1959–68) engagierte sich als Sekretär

des Schweizerischen Verbandes Evangelischer Arbeitnehmer (SVEA) für die Sozialpartnerschaft sowie für eine ausgleichende Sozialpolitik. Der bekannte Obdachlosenpfarrer **Ernst Sieber** (Nationalrat 1991–95) machte im Parlament mit unkonventionellen Mitteln auf sein Anliegen, die Menschen am Rande der Gesellschaft, aufmerksam. Er engagierte sich für die Schaffung eines Selbsthilfedorfes für ausstiegswillige Drogenabhängige. **Maja Ingold** (Nationalrätin 2010–2017) setzte sich für die Integration von behinderten Personen in den Arbeitsmarkt sowie für eine solidarische Entwicklungspolitik ein. Die amtierende Berner Nationalrätin **Marianne Streiff-Feller** (seit 2010 im Rat) präsidiert INSOS Schweiz, den Branchenverband der Institutionen für Menschen mit Behinderung, und kämpft gegen Ausbeutung und Menschenhandel. Auf ein grosses Echo stiess sie mit ihrem Postulat, das die Prüfung der Machbarkeit eines Prostitutionsverbots forderte. Als Sozialunternehmer setzt sich **Nik Gugger** (Nationalrat seit 2017) mit unternehmerischen Werten für Menschen am Rande der Gesellschaft ein.

2. Bewahrung der Schöpfung

Ein weiterer zentraler Schwerpunkt war und ist die **Bewahrung der Schöpfung** bzw. der **Umweltschutz**. Die EVP griff dieses Thema lange vor der Umweltbewegung auf. Das von **Paul Zigerli** (Nationalrat 1943–56) 1944 eingereichte Postulat «Rettet die Gewässer» bildete den Startschuss für den Gewässerschutz in unserem Land. Zigerli war ebenfalls Mitbegründer der Schweizerischen Vereinigung für Gewässerschutz. Als Präsident der «Nationalen Arbeitsgemeinschaft zur Erhaltung der Flüsse und Seen – Aqua viva» führte **Otto Zwygart jun.** (Berner Nationalrat 1983–2000) das Erbe Zigerlis weiter. Bereits sein Vater und Vorgänger im Nationalrat, **Otto Zwygart sen.** (Berner Nationalrat 1971–83), zeichnete sich durch eine ausgeprägte Naturverbundenheit aus. Unter dem Pseudonym «Jakob Bohnenblut» gab er während 20 Jahren Gartenbautipps in der beliebten Radiosendung «Mys Gärtli». **Willy Sauser** (Nationalrat 1956–78) kämpfte bereits in den 1950er Jahren für die Luftreinhaltung und für ein Verbot des Bleibenzins. **Heinrich Schalcher** (Nationalrat 1968–83)

setzte sich für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ein und war Mitbegründer und Präsident der Schweizerischen Stiftung zur Förderung des biologischen Landbaus. **Niklaus Kuhn** (Nationalrat 1990–91) engagierte sich für eine den Menschen dienende Raumplanung und **Ruedi Aeschbacher** (Nationalrat 1999–2010) oder «Schwellen-Ruedi», wie er wegen seiner Verkehrspolitik in der Stadt Zürich auch genannt wurde, war ein ausgewiesener Experte in Fragen der Verkehrsberuhigung.

3. Förderung der Familien

Zentral für die EVP-Nationalratsmitglieder waren stets die Förderung und der Schutz der **Familien als Kernzellen unserer Gesellschaft**. **Max Dünki** (Nationalrat 1983–99) forderte die Schaffung eines Bundesamts für Familienfragen. **Otto Zwygart jun.** kämpfte für die Einführung des Familienstimmrechts, um den Interessen künftiger Generationen mehr Gewicht zu geben. **Walter Donzé** (Berner Nationalrat 2000–10) wertete die Tatsache, dass das Kinderzulagengesetz im Nationalrat dank den EVP-Stimmen durchgebracht werden konnte, als einen der besonderen Erfolge seiner Amtszeit. Die familienfreundliche Vorlage brachte eine bundesweite Erhöhung und Teilharmonisierung der Kinderzulagen.

4. Menschenwürde und Lebensschutz

Die **Menschenwürde** und – daraus abgeleitet – der **unbedingte Lebensschutz von der Zeugung bis zum Tod** basieren auf dem biblischen Prinzip der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Für die EVP ist dies fundamental. **Otto Zwygart jun.**, Mitbegründer und Co-Präsident des Vereins Pro Life «Menschliches Leben schützen», kämpfte gegen die Fristenregelung und die Abtreibungspille RU 486. **Ruedi Aeschbacher** wehrte sich gegen die aus ethischer Sicht sehr problematischen Praktiken und Auswüchse der Suizidbeihilfeorganisationen wie die Beihilfe zur Selbsttötung und den Sterbetourismus. **Marianne Streiff-Feller** engagierte sich im Parlament und in Abstimmungskomitees gegen die Verfassungsänderung zur Fortpflanzungsmedizin und das entsprechende Gesetz, das die Präimplantationsdiagnostik und damit die gezielte Selektion von Menschen ermöglicht.



5. Suchtprävention und -bekämpfung

Und nicht zuletzt setzten sich die EVP-Nationalratsmitglieder mit viel Herzblut und vielen Vorstössen im Bereich **Suchtprävention und Suchtbekämpfung** ein. Erfolgreich war **Otto Zwygart jun.** 1996 mit seinem Postulat zum Verbot des Verkaufs von Tabakwaren an Jugendliche unter 16 Jahren. Ein besonderes Augenmerk galt stets dem Kampf gegen den Alkoholmissbrauch. Es war deshalb kein Zufall, dass neben Otto Zwygart jun. auch **Paul Aebischer** (Berner Nationalrat 1967–71) und **Heiner Studer** (Nationalrat 1999–2007) im Blauen Kreuz engagiert waren. Als Blaukreuzfürsorger setzte sich Aebischer praktisch rund um die Uhr für Alkoholabhängige und ihre Angehörigen ein.

Weitere Themen

Neben den fünf Schwerpunkten rückten auch andere Themen ins Blickfeld. Als Präsident des Schweizerischen Zivilschutzverbandes engagierte sich **Walter Donzé** für einen qualitativ guten Bevölkerungsschutz. Mit einer Motion konnte **Heiner Studer** erreichen, dass für Zivildienstleistende die Gewissensprüfung durch den Tatbeweis ersetzt wurde. **Hans Oester** (Nationalrat 1978–90) bekämpfte die Defizit und Schuldenwirtschaft zu Lasten kommender Generationen. Nach der Finanzkrise von 2008 forderte **Walter Donzé** die Einführung eines Ethik-Management-Systems für den Finanzplatz und die Wirtschaft. Vereinzelt wurden auch **institutionelle Fragen** aufgegriffen. **Max Dünki** forderte die Abschaffung des Vernehmlassungsverfahrens, um die Macht der grossen Verbände im parlamentarischen Gesetzgebungsprozess zu brechen. **Otto Zwygart jun.** kämpfte für die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit. Erfolgreich war er mit seinem Vorstoss zur Schaffung einer Wertekommission. Und zu guter Letzt half Zwygart jun. als Mitglied der Kommission für die Totalrevision der Verfassung mit, dass die Bundesverfassung nach wie vor beginnt mit: *«Im Namen Gottes des Allmächtigen.»*

Heiner Studer / Philippe Messerli

Berner Nationalratsmitglieder seit 1967

100 JAHRE



Paul Aebischer, Nationalrat 1967–1971 (verstorben im Amt)

*2.11.1908 in Pieterlen, † 27.2.1971 in Orselina

Handelsdiplom, anschliessend Besuch der Kunst- und Gewerbeschule Bern. Bis 1944 Kaufmann in der



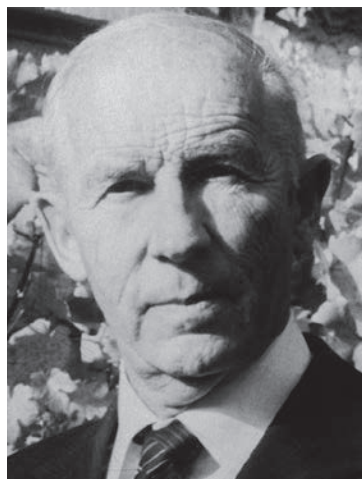
Paul Aebischer

Textilbranche. Ab 1944 Fürsorger des bernischen Blauen Kreuzes. 1959–71 Obmann der Berufsarbeiter des Blauen Kreuzes der deutschen Schweiz. Mitglied der kantonalen Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus und nebenamtlicher Trinkerfürsorger in der Strafanstalt Witzwil. Dozent an der Schule für Sozialarbeit Bern. 1959–67 Stadtrat in Bern. 1967–71 Nationalrat, hier u. a. Mitglied der Alkohol- und der Bundesbahnkommission.

Otto Zwygart sen., Nationalrat 1971–1983

*30.5.1911 in Busswil bei Büren (heute Gemeinde Lyss), † 5.4.1986 in Köniz

Patent am Lehrerseminar Muristalden 1931. Bis 1975 verschiedene Stellen als Lehrer, insbesondere in Köniz. 1952–55 Präsident EVP Kanton Bern. 1958–69 Mitglied Grosser Gemeinderat Köniz. 1971–83 National-

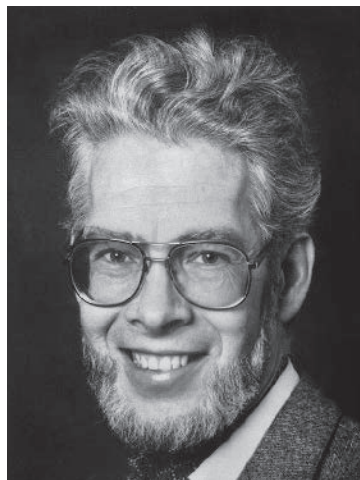


Otto Zwygart sen.

rat. Mitglied von vier ständigen und 62 nicht ständigen Kommissionen, Vorstösse v. a. zu Verkehrs und Suchtfragen. 1979 zusammen mit Pfarrer Jörg Gutzwiler Initiator der Besinnungen unter der Bundeskuppel. Unter dem Pseudonym Jakob Bohnenblust gab Zwygart während 20 Jahren Gartenbautipps in der Radiosendung «Mys Gärtli».

Otto Zwygart jun., Nationalrat 1983–2000

*16.1.1940 in Schliern (Köniz) Ausgebildeter Primar- und Sekundarlehrer, phil. II. Als Sekundarlehrer in Bolligen tätig. 1970–74 Grosser Gemeinderat Bolligen. 1974–83 Bernischer Grossrat. 1978–83 Präsident EVP Kanton Bern. 1983–2000 Nationalrat. 1992–2000 Präsident EVP Schweiz. 1992–93 Präsident LdU/EVP-Fraktion. 1999–2000 Präsident Evangelische und Unabhängige Fraktion. Mitglied Staatspolitische Kommission, Kommission für Wirtschaft und Abgaben, Spezialkommission zur Neat und Kommission für die Totalrevision der Bundesverfassung.



Otto Zwygart jun.

134 Vorstösse v. a. zu Lebensschutz, Suchtfragen, Jugendschutz, Umwelt und Verkehr. 2009–17 Präsident EVP Bolligen.

Walter Donzé, Nationalrat 2000–2010

*5.5.1946 in Luzern Kaufmännische Lehre. Arbeitsstellen im Automobilbereich, u. a. Eröffnung und Führung der Pneu-Continental-Filiale Basel. 1970 Kassier des Missionswerkes «Medien Schriften Dienste» (MSD). 1978–2011 Geschäftsführer von MSD. 1990–93 Gemeinderat Frutigen. 1994–2001 Gemeinderatspräsident. 1998–2000 Bernischer Grossrat. 2000–2010 Nationalrat. Mitglied Staatspolitische Kommission, Sicherheitskommission und Kommission für Wirtschaft und Abgaben. 89 Vorstösse v. a. zu Bevöl-



Walter Donzé

kerungsschutz, Wirtschaftsethik, Jugend, Familie, Umwelt und Energie. Seit 2011 Präsident EVP Frutigen.

Marianne Streiff-Feller, Nationalrätin seit 2010

*17.8.1957 in Bern Lehrerin, Legasthenietherapeutin. Beraterin ICP, IGNIS-Akademie. CAS Public-Affairs Management, Hochschule für Wirtschaft Zürich. 1991–98 Grosser Gemeinderat Köniz. 1998–2010 Bernische Grossrätin. 2003–2010 Präsidentin der EVP-Grossratsfraktion. 2004–09 Gemeinderätin Köniz. Seit 2010 Nationalrätin.



Marianne Streiff-Feller

Mitglied Geschäftsprüfungskommission und Staatspolitische Kommission. 51 Vorstösse (Stand Januar 2019) v. a. zu Lebensschutz, Menschen mit Behinderung, Menschenhandel und Prostitution, Umwelt und Energie. Präsidentin EVP Schweiz seit 2014.

Beteiligung der Berner EVP an den Nationalratswahlen

| Wahljahr | Berner Sitze total | nötig für Vollmandat | Anteil EVP | Sitze EVP | Für die EVP BE gewählt |
|----------|--------------------|----------------------|------------|-----------|-------------------------|
| 1919 | 32 | 3,0 % | 1,2 % | – | – |
| 1963 | 33 | 2,9 % | 1,9 % | – | – |
| 1967 | 33 | 2,9 % | 2,8 % | 1 | Paul Aebischer |
| 1971 | 31 | 3,1 % | 4,1 % | 1 | Otto Zwygart sen. |
| 1975 | 31 | 3,1 % | 3,5 % | 1 | Otto Zwygart sen. |
| 1979 | 31 | 3,1 % | 3,4 % | 1 | Otto Zwygart sen. |
| 1983 | 29 | 3,3 % | 3,3 % | 1 | Otto Zwygart jun. |
| 1987 | 29 | 3,3 % | 3,4 % | 1 | Otto Zwygart jun. |
| 1991 | 29 | 3,3 % | 3,3 % | 1 | Otto Zwygart jun. |
| 1995 | 27 | 3,5 % | 3,8 % | 1 | Otto Zwygart jun. |
| 1999 | 27 | 3,5 % | 4,0 % | 1 | Otto Zwygart jun. |
| 2003 | 26 | 3,7 % | 5,2 % | 1 | Walter Donzé |
| 2007 | 26 | 3,7 % | 5,4 % | 1 | Walter Donzé |
| 2011 | 26 | 3,7 % | 4,2 % | 1 | Marianne Streiff-Feller |
| 2015 | 25 | 3,8 % | 4,3 % | 1 | Marianne Streiff-Feller |
| 2019 | 24 | 4,0 % | ? | ? | |

1983 und 1991 verteidigte die EVP ihren Sitz im Nationalrat nur ganz knapp. 2007 schnupperte die EVP im Kanton Bern am Gewinn eines zweiten Nationalratssitze. Seit der darauffolgenden Gründung der neuen Mitteparteien BDP und glp ist dieses Ziel vorläufig wieder ausser Reichweite. Aktuell stehen dem Kanton Bern wegen der demografischen Entwicklung nur noch 24 Nationalratsmandate zu. Entsprechend wird die Hürde für ein Vollmandat immer höher. Momentan liegt sie bei 4,0%.

Kontinuierlicher Ausbau und Aufschwung



Ab Ende der 1960er Jahre erlebt die EVP Kanton Bern einen kontinuierlichen Aufschwung. Sie reorganisiert und professionalisiert ihre Strukturen und fördert gezielt die Basisarbeit. Das Ergebnis sind eine Vielzahl neuer Ortsparteien sowie klar steigende Mitgliederzahlen und Wählendenanteile. Die EVP gewinnt an politischer Schlagkraft und etabliert sich in der Politlandschaft des Kantons als feste Grösse.

Nachdem die EVP Kanton Bern 1963 erstmals seit 1919 wieder an den Nationalratswahlen teilgenommen hatte, nahm sie unter Führung des neuen Präsidenten **Alfred Kunz** eine grundlegende Reorganisation ihrer Strukturen vor. Neben dem Kantonalvorstand arbeiteten neu vier Spezialkommissionen: Werbung, Information, Schulung und Finanzen. 1966 setzte die Kantonalpartei zur Vorbereitung der Nationalratswahlen mit dem Thuner **Adrian Lörtscher** erstmals einen Werbechef ein, der sich als äusserst geschickter Partei-strategie erweisen sollte. Unter seiner Führung gewann die bernische EVP 1967 nicht nur ihren ersten Nationalrats-sitz, sondern erlebte auf lokaler und regionaler Ebene einen kontinuierlichen Aufschwung.

Mit Strategie zum Erfolg

Eine wichtige Basis für den Erfolg bildeten die Zielsetzungen der Werbekommission: Ein Berner EVP-Nationalratsmandat aus eigener Kraft, eine EVP-Fraktion (5 Mandate) im Grossen Rat, mindestens 25 Ortsparteien und rund 1000 Mitglieder. Eine der ersten Massnahmen betraf die Kommunikation. Mit den «EVP Informationen» (ab 1979 «EVP-Brief») gab die bernische EVP ab 1968 erstmals ein eigenes Informationsblatt heraus. Werbechef Adrian Lörtscher ging bei der Gründung neuer Ortsparteien zielgerichtet und strategisch vor. Dabei legte er den Fokus auf grössere Orte mit einem Gemeindepapier bzw. mit Aussicht auf Sitzgewinne in der Exekutive. Dank geschickten Listenverbindungen, Mehrfachlisten, Vorkumulativen sowie dem Einsatz persönlicher Werbekarten wurden die Wahlergebnisse für die EVP zusätzlich optimiert.

Ausbau der Sektionen

In der Folge entstanden von 1968 bis 1989 insgesamt 23 zusätzliche Orts- und Regionalparteien (Liste auf der nächsten Seite). 1984 wurde mit der Ortspartei La Neuveville ebenfalls eine Sektion im französischsprachigen Kantonsteil gegründet. Allerdings sollte sie nicht lange Bestand haben. Erst ab 2005 gelang es der EVP mit der Gründung des PEV Jura bernois definitiv im französischsprachigen Kantonsteil Fuss zu fassen. Parallel zum Ausbau der lokalen



Sie teilen sich aktuell die 145 Stellenprozente bei der EVP Kanton Bern: v.l.n.r. Rebekka Kipfer, Ruedi Löffel, Philippe Messerli und Lukas Zimmermann.

Strukturen wuchs der Mitgliederbestand bis 1994 auf knapp 900 an, und die EVP gewann gleichzeitig auch politisch an Schlagkraft. So erreichte die Kantonalpartei bei den Grossratswahlen 1994 mit sieben Grossrats-sitzen und einem Wählendenanteil von 4% einen vorläufigen Höhepunkt. Im Grossen Rat wurde erstmals eine eigene EVP-Fraktion gebildet.

Erstes Referendum der EVP

1992/93 stellte die bernische EVP zum ersten Mal in ihrer Geschichte ihre Referendumsfähigkeit unter Beweis. Sie sammelte die erforderlichen Unterschriften gegen die Aufteilung der Wahlkreisverbände Oberland-West und Seeland, die vom Grossen Rat beschlossen worden war. Die Reform erschwerte – vor allem zum Nachteil kleinerer Parteien – das Überwinden der Proporz-hürde massiv. Leider stimmte das Volk in der Abstimmung vom 26. September 1993 der Gesetzesänderung knapp zu. Das Bundesgericht hob jedoch die Aufteilung des Wahlkreisverbandes Oberland-West wegen der zu hohen Proporz-hürde wieder auf.

Erste Volksinitiative der EVP

1993 lancierte die EVP erstmals eine Volksinitiative. Das Begehren «Für eine neue Präambel in der Kantonsverfassung» verlangte, dass die damals neue Berner Kantonsverfassung mit der Formulierung, die Gott einschliesst, eingeleitet wird. Leider gelang es aber ganz knapp nicht, die erforderlichen 15 000 Unterschriften in nützlicher Frist zu sammeln. Bei Ablauf der Sammelfrist fehlten rund 400 Unterschriften, so dass

die Initiative scheiterte. Von diesem Dämpfer liess sich die EVP jedoch nicht entmutigen.

Professionelle Strukturen

Ab 1997 wurden die Strukturen der Partei weiter ausgebaut. **Damaris Bieri** wurde in Teilzeit als Parteisekretärin angestellt. Ihre Nachfolge trat ab September 1999 **Barbara Streit-Stettler** als Geschäftsführerin an. Unter ihrer Führung entstand ein professionelles Parteisekretariat in den Räumlichkeiten der Bundeshausfraktion. **Gallus Tannheimer**, ihr Nachfolger ab 2007, organisierte den Umzug der Geschäftsstelle, die seit 2009 – in Bürogemeinschaft mit der EVP Schweiz – an der Nägeligasse 9 in Bern domiliert ist. Sie dient als wichtiges Dienstleistungszentrum für die Partei und ihre Mitglieder. Die Grossrätinnen und Grossräte werden bei der Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte und bei Vernehmlassungen durch Fachkommissionen mit Fachleuten aus dem Umfeld der EVP unterstützt.

Investition in die Basisarbeit

Gleichzeitig investierte die EVP ganz gezielt in die Aufbau- und Basisarbeit. Die Geschäftsstelle organisierte Wahlteilnahmen an strategisch wichtigen Orten und trieb die Gründung neuer Sektionen gezielt voran. Mit vier Angestellten, die sich im Jubiläumsjahr 145 Stellenprozente teilen, wurden und werden die vielen Freiwilligen auf lokaler Ebene effizient unterstützt. Co-Geschäftsführer sind **Philippe Messerli** und **Ruedi Löffel**. Die visionäre Strategie der letzten gut 20 Jahre ist hauptsächlich ein Verdienst der beiden Parteistrategen **Ruedi Löffel** (ab 2000 Co-Geschäftsführer mit Schwerpunkt Wahlen und Basisarbeit) und **Lukas Zimmermann** (Projektleiter Gemeindegewahlen). Löffel selber beschreibt seine Tätigkeit wie folgt: «Basisarbeit heisst für mich telefonieren, informieren, motivieren, diskutieren, überzeugen, Kontakte knüpfen und Adressen sammeln.» Der Erfolg dieser «Knochenarbeit» lässt sich sehen, wie die nachfolgende Tabelle verdeutlicht:

| Kant. Wahljahr | Anzahl Ortsparteien | Anzahl Mitglieder am 31. 12. | Gossratsmitglieder | Wählendenanteil kantonal |
|----------------|---------------------|------------------------------|--------------------|--------------------------|
| 1994 | 26 | 890 | 7 | 4,0% |
| 1998 | 27 | 928 | 8 | 4,4% |
| 2002 | 37 | 1047 | 11 | 6,0% |
| 2006 | 46 | 1317 | 13 | 7,3% |
| 2010 | 53 | 1446 | 10 | 5,9% |
| 2014 | 56 | 1504 | 12 | 6,4% |
| 2018 | 59 | 1508 | 10 | 6,1% |

Positive Entwicklung der EVP

Die EVP Kanton Bern hat sich mit fortschreitendem Alter äusserst positiv und erfolgreich entwickelt! Nach bescheidenen Anfängen erlebte die Partei ab den 1960er Jahren in zwei Wellen einen beeindruckenden Aufschwung. Dank dem grossen Wachstums- und Entwicklungsschub ab Mitte der 1990er Jahre ist die EVP definitiv zur prägenden und verbindenden Kraft in der Mitte geworden, die in der kantonalen Politik ihre Akzente zu setzen vermag. Innerhalb der Schweizer Partei hat sie zudem 2009 die EVP Kanton Zürich als mitgliederstärkste Kantonalpartei abgelöst. Die Gründung der neuen Mitteparteien glp und BDP in den Jahren 2007 und 2008 hat das Wachstum der EVP gebremst und im Kanton Bern zu einer Stabilisierung bei rund 6% Wählendenanteil geführt.

Nachwuchs- und Frauenförderung

Grosses Gewicht misst die EVP der Frauen- und der Nachwuchsförderung innerhalb der Partei bei. 2008 entstand das Frauennetzwerk und 2017 wurde das Regionalteam der Jungpartei *jevyp gegründet. Letzteres wird derzeit von **Jonas Meinen** geführt. Und nicht zuletzt trug auch die professionelle Kommunikation zum Erfolg der EVP bei. Das informative kantonale Infoblatt «Berner EVP» (bis 2003 unter dem Namen «Berner EVP-Politik», vorher «EVP-Brief» und «EVP Informationen») erscheint vier- oder fünfmal jährlich. Es wird an alle EVP-Adressen (derzeit rund 28 500) in den Kantonen Bern und Freiburg verschickt. Als Chefredaktor verantwortlich für die professionell aufbereitete Publikation ist **Christof Erne**. Die stark gestiegene Anzahl der mit der Berner EVP-Zeitung erreichten Adressen widerspiegelt den Erfolg der Basisarbeit eindrücklich (siehe Tabelle):

Adressstamm der Berner EVP-Zeitung

| Jahr | 1983 | 1990 | 2000 | 2004 | 2005 | 2009 | 2018 |
|--------|------|------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Anzahl | 3000 | 9000 | 14 443 | 20 858 | 24 228 | 26 614 | 28 477 |



Weiterer Ausbauschnitt

Stillstand bedeutet bekanntlich Rückschritt. Mit der Digitalisierung ändern sich auch die Ansprüche und Anforderungen für den Auftritt auf Flyern, in Inseraten, im Web und in den sozialen Medien. Die Kantonalpartei wagte 2018 mit der Anstellung der Fotofachfrau **Rebekka Kipfer** für Grafik und Design einen weiteren Ausbauschnitt. Von den neuen Dienstleistungen im Gestaltungsbereich profitieren die Kantonalpartei, die Ortsparteien und engagierte Mitglieder.

Kommunal stark verankert

Den Verantwortlichen der Kantonalpartei war und ist es ein grosses Anliegen, in möglichst vielen Legislativen und Exekutiven vertreten zu sein. Die gute Verankerung der EVP auf Gemeindeebene ist eine der grossen Stärken der Partei und die unabdingbare Basis für den Einfluss im Kantonsparlament und auf Bundesebene. Die professionelle, lösungsorientierte und zuverlässige Arbeit der EVP-Mandatsträgerinnen und -Mandatsträger wird weitherum sehr geschätzt.

Im Jubiläumsjahr arbeitet die EVP mit 31 kommunalen Exekutivmitgliedern in 29 Gemeinden mit. In Grosshöchstetten und Lützelflüh sind es deren zwei. Mit **Christine Hofer** in Grosshöchstetten, **Stefan Herrmann** in Rütshelen und **Niklaus Gfeller** in Worb stellt die EVP aktuell in drei Gemeinden das Präsidium. In 19 Gemeinden stellt die EVP insgesamt 55 Mitglieder in Gemeindeparlamenten (Legislative). In vielen dieser Gemeinden hatte die EVP das Ratspräsidium. In der Stadt Bern zum Beispiel amtierte 1983 **Maria Schaer-Lüthi** als erste Frau überhaupt als Stadtratspräsidentin. Sie wurde 1971, als erstmals Frauen gewählt werden durften, ins Stadtparlament gewählt.

Heiner Studer / Philippe Messerli

Orts- und Regionalparteien

| Gründung | Ehemalige | Ort / Region / Amt | GR-Sitze | GGR-Sitze |
|--------------|-----------|---------------------------------|-----------|-----------|
| 1917 | | Bern | | 2 |
| 1919 | | Biel | | 2 |
| | 1919 | RP Saanen | | |
| 1919 | | Steffisburg | | 3 |
| 1919 | | Thun | | 2 |
| | 1950 | RP Emmental | | |
| | 1950-63 | RP Herzogenbuchsee | | |
| 1956 | | Köniz | | 3 |
| 1965 | | Bolligen | | |
| 1968 | | Grosshöchstetten | 2 | |
| 1968 | | Langenthal (Inkwil) (Rütshelen) | 1 1 | 4 |
| 1968 | | Langnau | | 3 |
| 1971 | | Konolfingen | 1 | |
| 1972 | | Münsingen | 1 | 4 |
| 1972 | | Muri-Gümligen | | 1 |
| 1972 | | Spiez | 1 | 4 |
| | 1972 | Zweisimmen | | |
| 1973 | | Frutigen | 1 | |
| 1974 | | Worb | 1 | 5 |
| 1975 | | Oberhasli (Region) | | |
| 1979 | | Burgdorf | 1 | 2 |
| 1979 | | Münchenbuchsee | 1 | 4 |
| 1979 | | Nidau | 1 | 2 |
| 1980 | | Adelboden | | |
| 1983 | | Ostermundigen | | 3 |
| 1983 | | Uetendorf | 1 | |
| | 1984 | La Neuveville | | |
| | 1987 | RP Bern Nord-West | | |
| 1988 | | Lyss | | 3 |
| 1989 | | Ittigen | | |
| 1994 | | Büren (Region) | 1 | |
| 1994 | | Reichenbach | 1 | |
| 1998 | | Jegenstorf | 1 | |
| 1999 | | Brandis: Lützelflüh | 2 | |
| 2008 | | Hasle b. B. | 1 | |
| 2000 | | Huttwil | | |
| 2000 | 1979-96 | Belp | 1 | |
| 2001 | | Zollikofen | | 2 |
| | 2001-05 | Zollbrück | | |
| 2001 | | Zäziwil | 1 | |
| 2002 | | Schwarzenburg | 1 | |
| 2002 | 1973 | Herzogenbuchsee | | |
| 2002 | | Signau | 1 | |
| 2002 | | Melchnau | 1 | |
| 2003 | | Kirchberg | | |
| 2004 | | Lotzwil | 1 | |
| 2004 | | Meikirch | 1 | |
| 2004 | 1969 | Interlaken (Region) | | 3 |
| 2004 | | Toffen | | |
| 2004 | | Oberdiessbach | 1 | |
| 2005 | | Jura bernois (Tramelan) | | 3 |
| 2005 | | Rubigen | | |
| 2006 | | Unteres Emmental (Region) | | |
| 2006 | | Vechigen | | |
| 2007 | | Wattenwil | 1 | |
| 2007 | | Wichtrach | | |
| 2007 | | Biglen | | |
| 2008 | 1920 | Moossee (Urtenen-Schönbühl) | | |
| 2009 | | Heimberg | | |
| 2009 | | Thunstetten-Bützberg | 1 | |
| 2014 | | Fraubrunnen | | |
| 2014 | | Wynigen | | |
| 2014 | | Rüeggisberg | | |
| 2015 | | Lengnau | | |
| 2015 | | Seftigen | 1 | |
| 2015 | | Sumiswald (Region) | | |
| 2015 | | Aegerten-Brügg (Studen) | 1 | |
| Total | | 59 aktive Parteien | 31 | 55 |

RP = Regionalpartei, GR = Gemeinderat, GGR = Grosser Gemeinderat / Parlament

Visionen für die nächsten 100 Jahre

Parteien kommen und gehen, aber nur wenige erreichen wie die EVP das stolze Alter von 100 Jahren. Es gibt Anlass, dankbar und auch ein wenig stolz zu sein, Teil dieser erfolgreichen Geschichte und Bewegung sein zu dürfen. Nun gilt es, den Schwung und Elan des Jubiläumsjahres zu nutzen, um die EVP mit Erfolg in ein neues Jahrhundert zu führen.

«Zukunft hat, wer sie packt!», hiess es in einem EVP-Slogan aus den 1990er Jahren. Die nächste Generation – Mitglieder des Regionalteams der *jev (junge EVP) – sagen, was ihre Ziele, Wünsche und Visionen für die Zukunft der EVP und unseres Landes sind. Auf die nächsten 100 Jahre!



«Ich wünsche mir, dass die EVP auch in Zukunft zu ihrem Glauben steht und sich unermüdlich für Gottes Schöpfung einsetzt. Dazu gehören nicht nur das Engagement für unser Klima und unsere Umwelt, sondern auch für unser Bildungs- und Gesundheitswesen. Gerade im medizinischen Bereich ist der Fortschritt enorm. Dadurch stellen sich immer neue ethische Fragen, und die Krankenkassenprämien werden besonders für Familien zunehmend belastender. Ich wünsche mir, dass sich die EVP diesen Fragen stellt, ihren Werten treu bleibt und sich auch weiterhin für Familien stark macht.»

Danae Baumann, Seftigen



«Ich wünsche mir eine Schweiz, die sich international für den Umweltschutz einsetzt. Eine Schweiz, die mit gutem Beispiel vorangeht und mit Anreizen die Wirtschaft zum Fortschritt bewegt. Eine Schweiz, die zu den sozial Schwachen schaut, statt den von Armut betroffenen Familien die Sozialgelder zu kürzen. Eine starke Wirtschaft, die Vollbeschäftigung und Selbstverwirklichung ermöglicht. Ich sehne mich nach einer Politik, die Lösungen und nicht Wählende sucht. Eine Politik, die für alle verständlich und für jeden Schweizer Bürger zugänglich ist. Ich wünsche mir eine Gesellschaft, in der Werte wieder zählen!»

Nicolai Grimm, Belp



«Für mich ist die EVP eine Anti-Populismuspartei, sie ist stets sachlich und anständig, setzt sich für ein besseres Klima in der Politik ein und bringt überdurchschnittlich viele Junge zum Wählen. Nur weil ein Thema «in» oder «out» ist, verändert die EVP ihre Schwerpunkte nicht, sondern setzt sich mit unglaublicher Konstanz für ihre Werte ein. Ich wünsche mir deshalb für die nächsten 100 Jahre für den Kanton Bern eine EVP, die allen Wahlberechtigten ein Begriff ist und die für ihre Werte wie «Bewahrung der Schöpfung», «Stärkung von Familien» und «Solidarität mit Schwächeren» bekannt ist.»

Matthias Haller, Ittigen



«Ich wünsche mir, dass in der EVP der Rahmen bestehen bleibt, um kontroverse Diskussionen auf einer christlichen Grundlage zu führen und dabei respektvoll zu bleiben. In der Öffentlichkeit soll sie vermehrt wahrgenommen werden und ein gutes Beispiel sein als Partei, die sich keinen Lobbyisten beugen muss und sich treu bleibt. Die EVP soll sich konsequent für das Wohl der Schwachen in der Gesellschaft einsetzen. Sie soll vermehrt durch erfrischende Ideen und Lösungsansätze auffallen. Zudem soll die EVP jünger werden und in Zukunft gezielt Junge motivieren.»

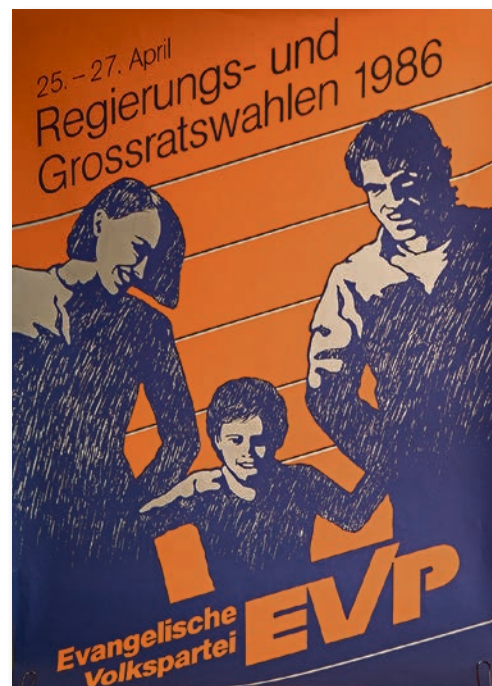
Janina Heiniger, Lotzwil



«Die politischen Prozesse in der Schweiz sind vielfältig und bieten allen Gelegenheit, Stellung und Einfluss zu nehmen. Nutzen wir diese Chance! Ich wünsche mir eine stark wachsende EVP, mit ausdauernden, beharrlichen, ethisch-christlich ausgerichteten und leidenschaftlichen Mitstreitern für eine menschlichere Welt und eine intakte Umwelt. Meine EVP der Zukunft ist eine Partei mit Visionen. Sie ist Anwältin der Armen, Benachteiligten und Minderheiten. Unsere Fraktion im Grossen Rat wird stark, einflussreich und schlagkräftig. Auf eine erfolgreiche Zukunft mit euch allen!»

Jonas Meinen, Konolfingen

Wahlplakate aus verschiedenen Jahrzehnten



Steuer-AHV-Vorlage als Kompromiss

Das Unternehmenssteuersystem der Schweiz genügt internationalen Anforderungen nicht mehr und muss dringend geändert werden. Die am 19. Mai zur Abstimmung vorliegende Steuer-AHV-Vorlage ist ein Kompromiss.

• Er ermöglicht, international nicht mehr akzeptierte Privilegien in der Unternehmensbesteuerung abzuschieben und ist somit ein Schritt hin zu mehr Steuergerechtigkeit.



Hans Kipfer

• Gegenüber der vom Volk abgelehnten Unternehmensteuerreform III (USR III) wurde deutlich nachgebessert, v. a. beim Zinsabzug für Eigenkapital und bei der Dividendenbesteuerung.

• Der Bund schätzt die Steuerausfälle auf total rund 2 Mrd. Fr. Nach der Ablehnung der USR III haben die Abstimmungssieger eine «soziale Kompensation» für die Ausfälle gefordert. Nach

zählen parlamentarischen Verhandlungen haben sich die Räte schliesslich darauf geeinigt, eine Zusatzfinanzierung für die AHV im Umfang der Steuerausfälle zu gewähren, finanziert – zumindest teilweise – durch die Wirtschaft. So sollen die Lohnbeiträge für die AHV von 8,4% auf 8,7% angehoben werden.

Die Kantone werden bei Annahme eigene Umsetzungsprogramme beschliessen. Bern macht dies mit einer weiteren Steuergesetzrevision, in der für juristische Personen wohl eine maximale Entlastung bei

der Patentbox sowie bei Forschung und Entwicklung und für natürliche Personen zusätzliche Abzüge (z. B. bei der Kinderbetreuung) ermöglicht werden. Der Stimmbürger ist gefordert, eine Nutzenabwägung in Berücksichtigung dieser diversen Faktoren zu machen. Persönlich stehe ich dieser Kompromiss-Vorlage kritisch gegenüber: Steuergerechtigkeit muss systembedingt hergestellt werden. Der Handlungsspielraum in den Kantonen zum Schutz der Schwächeren wird eher eingeengt.

Die EVP Schweiz und die EVP Kanton Bern empfehlen ein Ja zur Steuer-AHV-Vorlage.

Hans Kipfer
Grossrat, Münsingen

Wirksame Sozialhilfe statt sparen am falschen Ort

Die Stimmberechtigten des Kantons Bern entscheiden am 19. Mai beim Sozialhilfegesetz über eine Kürzung der Sozialhilfe bzw. über den Volksvorschlag «Wirksame Sozialhilfe», der Menschen in den Arbeitsmarkt zurückbringt und vor Armut schützt.

2018 kürzte die Mehrheit des Grossen Rates beim Sozialhilfegesetz gegen den Willen der EVP den Grundbedarf der Sozialhilfe um 8%. Das ist für die Betroffenen gravierend. Betroffen sind auch viele Kinder und Jugendliche: Ein Drittel der unterstützten Personen in der Sozialhilfe ist minderjährig.

Der Volksvorschlag wirkt nachhaltiger

Das Komitee «Wirksame Sozialhilfe» (www.wirksame-sozialhilfe.ch), dem

auch die EVP angehört, will mit dem Volksvorschlag den Kürzungen wirksame Massnahmen gegenüberstellen:

- Gezielte Weiterbildung für Sozialhilfeempfänger, damit diese den Einstieg in den Arbeitsmarkt (wieder) finden. Die Sozialdienste können Personen zu solchen Qualifizierungsmassnahmen verpflichten.
- Engere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Sozialdiensten und Kanton, um Personen rascher und

erfolgreicher in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

- Um über 55-jährige Ausgesteuerte vor Altersarmut zu schützen, sollen sie nach mindestens 20-jähriger Erwerbsarbeit in der Höhe der Ergänzungsleistungen unterstützt werden.
- Weiterhin Unterstützung gemäss den Ansätzen der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Das verhindert Folgeschäden für kommende Generationen.



Barbara Streit-Stettler

Der Volksvorschlag spart Kosten

Mit den Kürzungen der Grossratsmehrheit kann zwar kurzfristig ein bisschen gespart werden, aber es gibt deswegen nicht weniger Sozialhilfebeziehende. Mit dem Volksvorschlag finden dagegen mehr Menschen wieder eine Arbeitsstelle. Das hilft den Direktbetroffenen und sorgt damit für tiefere Kosten. Die EVP sieht auch den Status quo als Alternative und beschloss zum Volksvorschlag darum Stimmfreigabe.

Stimmen Sie deshalb nein zur Vorlage des Grossen Rats und setzen Sie bei der Stichfrage das Kreuz beim Volksvorschlag.

Barbara Streit-Stettler, Grossrätin, Bern

Neues Waffenrecht für mehr Sicherheit

Die Schengen-Staaten haben wegen zunehmender Terrorgefahr und Kriminalität ihr Waffenrecht verschärft. Die Schweiz hat als Mitglied im Schengen-Abkommen diese Änderungen mit ausgehandelt und will sie nun nachvollziehen. Dagegen wurde das Referendum ergriffen.

Es geht um halbautomatische Waffen. Deren Erwerb soll künftig nur noch mit Ausnahmegenehmigung möglich sein. Wer eine solche Waffe kaufen will, muss nachweisen, dass er sachgerecht damit umgehen kann, also z. B. Mitglied im Schützenverein ist oder regelmässig

Waffensport betreibt. Ordonnanz-Waffen und Jäger sind davon nicht betroffen. Das neue Waffengesetz leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Terrorbekämpfung und Prävention von Gewaltdelikten. Noch viel wichtiger: Wenn die Schweiz als Schengen-

Mitglied diese Anpassungen des Waffenrechts nicht mitträgt, endet ihre Mitgliedschaft automatisch nach sechs Monaten: Die Schweiz wäre damit aus dem gemeinsamen Fahndungsraum mit den europäischen Staaten ausgeschlossen und hätte immense Sicherheitsprobleme. Die Delegierten der EVP Schweiz und der EVP Kanton Bern haben mit deutlichem Mehr die Ja-Parole für das neue Waffenrecht beschlossen.

Marianne Streiff-Feller, Nationalrätin



Session mit breitem Themenspektrum

Vom Klima über die Regierungsrichtlinien und Asylfragen bis zu diversen Finanzgeschäften reichten die Geschäfte der Märzsession des Kantonsparlaments.

Ein Antrag der Grünen für eine Erklärung zur Klimapolitik wurde in angepasster Form an die zuständige Kommission zur Weiterbearbeitung überwiesen. Ein Thema, das uns weiter beschäftigen wird. Nach ein paar kleinen Zänkereien wie dem Versuch, die kantonale Fachstelle für Gleichstellung abzuschaffen, standen bereits die Richtlinien zur Regierungspolitik 2019–22 zur Debatte. Die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) hatte unter der Leitung von **Marc Jost** das Traktandum sehr gut vorbereitet. Mit vier sinnvollen

Planungserklärungen der Kommission und einer Eingabe von **Hans Kipfer** für die Priorisierung in Bezug auf die Finanzen wurde der Bericht ergänzt. Ein absolut sinnvolles Projekt für einen Neubau in Münchenbuchsee zur Unterbringung des Strassenverkehrsamts wurde zurückgestellt. Das Parlament will von der Regierung vorgängig Klarheit über die Tragbarkeit der geplanten Investitionen. Um einen grossen Betrag ging es auch bei der Mitfinanzierung des «Wyss Centers» unter dem Dach der Universität Bern. Mit 100 Millionen von der Wyss Stiftung und dem gleichen Betrag von der Uni Bern soll in den nächsten zehn Jahren ein wesentlicher Beitrag zugunsten der nachhaltigen Entwicklung geleistet werden. Mit grossem Mehr und den Stimmen der EVP wurde dem Projekt zugestimmt.

Chancenlos blieb leider der Vorstoss von **Barbara Streit** für eine obligatorische Ausbildung für Hunde-Neuhalter. Zwei Motionen zur geplanten Einrichtung eines Ausreisezentrums für abgewiesene Asylsuchende in Prêles gaben viel zu reden. Die leere Liegenschaft könnte ohne grosse Investitionen genutzt werden. Auch die Lage hätte einige Vorteile. Die Idee, dass abgewiesene Flüchtlinge an einem Ort konzentriert werden und oft ohne Perspektive aus dem aufgebauten Umfeld gerissen werden, ging der EVP zu weit. Sie setzte sich ein für eine dezentrale Lösung mit einer Perspektive für Menschen, die nicht zurückgeschafft werden können. Ein Ausreisezentrum in Prêles ist nun vom Tisch, das Thema wird aber bald in anderer Form wieder auf der Traktandenliste erscheinen. Ein Vorstoss für die Erhöhung der



Markus Wenger

Motorfahrzeugsteuer zugunsten der Einkommenssteuer wurde überwiesen. Das ist eine gute Ergänzung zu meinem pendenten Postulat einer ökologischen Abgabe beim Kauf stark umweltbelastender Fahrzeuge.

Markus Wenger, Grossrat, Spiez

Von Ergänzungsleistungen bis zu Kinderabzügen

123 Geschäfte und damit verbunden 287 Abstimmungen behandelte der Nationalrat in der Frühjahrsession 2019. Wie immer deshalb nur ein kleiner Blick auf ein paar Geschäfte.

Bei der Reform der Ergänzungsleistungen (EL) einigten sich National- und Ständerat auf einen Kompromiss. Eine für die EVP-Ratsmitglieder wichtige Änderung ist die beschlossene Anpassung der Abzüge für Mieten. Sie wurden erhöht und müssen den gestiegenen Mietpreisen angepasst werden. Am Herzen



Marianne Streiff-Feller in der Wandelhalle des Bundeshauses.

lag mir in der aktuellen EL-Gesetzgebung auch die Finanzierung der EL für betreutes Wohnen. Sehr oft reicht diese nicht aus, um die Kosten einer ausreichend betreuten Wohnform zu decken. Der Bundesrat wird nun dazu eine separate Gesetzesvorlage ausarbeiten. Eine überwiesene Motion verlangt, dass der Bund einen Aktionsplan gegen die Manipulation von Abgasanlagen im Schwerverkehr erarbeitet. Ebenfalls Zustimmung des Rates fanden zwei Postulate, die einen Aktionsplan gegen die Verschwendung von Lebensmitteln verlangen bzw. eine Strategie zum ökologi-

schen Umgang mit Kunststoff. Beide Räte haben nun die EU-Kohäsionsmilliarde für Bildung und Migration bewilligt, unter der Bedingung, dass die EU künftig im Gegenzug auf diskriminierende Massnahmen gegenüber der Schweiz verzichtet. Dies ist ein günstiges Signal für die weitere Verhandlung zum Rahmenabkommen. Eltern, die Ihre Kinder extern betreuen, sollen künftig bei der direkten Bundessteuer bis zu 25 000 Franken abziehen können. Heute sind es 10 100 Franken.

Marianne Streiff-Feller, Nationalrätin

TB **TRANSPARENT BROKER**
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern
Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

HINE ADON
HOTEL APARTHOTEL
HINEADON.COM

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
Tel. 079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

Ruedi Josuran:
«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»
lepramission.ch

Spycher-Handwerk AG Huttwil

www.kamele.ch

Huwa
seit 1911
www.huwa.ch


FERIEN & SEMINARE
www.cvjm-zentrum.ch

Mercy Ships **SPITALSCHIFFE FÜR DIE ÄRMSTEN**

Sie können helfen!
www.mercyships.ch

EVP tritt mit zwei Listen an

Die Delegierten der EVP des Kantons Bern haben die Kandidatinnen und Kandidaten für die Nationalratswahlen vom 20. Oktober 2019 nominiert. Die EVP tritt mit zwei vollen Listen (Stammliste und *jev) mit insgesamt 48 motivierten Kandidierenden zur Wahl an. Der Frauenanteil der beiden Listen beläuft sich auf erfreuliche 42%.



Das Spitzentrio der EVP v.l.n.r.: Marianne Streiff-Feller (bisher), Marc Jost, Christine Schnegg.

Das Ziel der EVP ist es, den Nationalratsitz von **Marianne Streiff-Feller** zu verteidigen. Weil der Kanton Bern wegen der demografischen Entwicklung einen weiteren Sitz im Nationalrat verliert (neu hat er nur noch 24 Sitze), bedarf dies besonderer Anstrengungen. Die Verteidigung des Berner EVP-Nationalratsstitzes ist alles andere als schon gesichert. Neben der amtierenden Nationalrätin stellen sich alle zehn EVP-Grossratsmitglieder sowie mehrere erfahrene Mitglieder aus Gemeindebehörden zur Wahl. Die EVP setzt ebenfalls auf die Zukunft. Auf der Liste der *jev kandidieren fünf junge Frauen, die in Gemeindeparlamenten aktiv sind. Zusammen mit Nationalrätin Marianne Streiff-Feller, die auch als Kandidatin für den Ständerat nominiert wurde, bilden EVP-Kantonalpräsidentin und Grossrätin **Christine Schnegg**

sowie SEA-Generalsekretär und Grossrat **Marc Jost** das Spitzentrio der Stammliste. Die EVP steigt mit dem Slogan **«Damit Werte wieder zählen»** in den Wahlkampf. Werte wie Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde sind dringender denn je, um den Zusammenhalt in unserem Land zu stärken und den Menschen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Wegen zunehmender Polarisierung schafft es die Politik immer weniger, wichtige Reformprojekte wie die Altersvorsorge oder die Steuervorlage zu vollenden. Auch Umwelt- und Klimaschutz werden nicht ausreichend gewährleistet. Mehr denn je braucht es die EVP als verlässliche, lösungsorientierte und verbindende Partnerin zwischen den politischen Polen.

*Philippe Messerli
Co-Geschäftsführer EVP BE*

Die Kandidierenden im Überblick:

STAMMLISTE EVP BE

Streiff-Feller Marianne, 1957, Urtenen-Schönbühl, Nationalrätin, bisher
Beutler-Hohenberger Melanie, 1977, Gwatt, Grossrätin
Bossard-Jenni Tabea, 1988, Burgdorf, Stadträtin
Fink Anna, 1967, Spiez, Gemeinderätin
Grogg Christine, 1963, Bützberg, Grossrätin/Gemeinderätin
Hofer Christine, 1970, Grosshöchstetten, Gemeindepräsidentin
Jans-Troxler Bettina, 1980, Bern, Stadträtin
Schnegg Christine, 1966, Lyss, Grossrätin
Stotzer-Wyss Barbara, 1975, Büren a.A., Gemeinderätin
Streit-Stettler Barbara, 1962, Bern, Grossrätin

Aeschlimann Martin, 1966, Burgdorf, Grossrat
Bach Hans Peter, 1964, Frutigen, alt Gemeinderat
Gerber Tom, 1976, Reconvilier, Grossrat
Hauser Joel (*jev), 1987, Nidau, Stadtrat
Herrmann Stefan, 1972, Rüschellen, Gemeindepräsident
Jost Marc, 1974, Thun, Grossrat
Kipfer Hans, 1966, Münsingen, Grossrat
Locher Patrik (*jev), 1989, Liebfeld
Löffel Ruedi, 1962, Münchenbuchsee, Grossrat
Rentsch Lukas, 1979, Schalunen
Steiner Hanspeter, 1964, Boll
Stürmer Matthias, 1980, Bern, Stadtrat
Wenger Markus, 1957, Spiez, Grossrat
Zaugg Bernhard, 1970, Schliern bei Köniz, Mitglied Gemeindeparlament

LISTE *JEVP BE

Baumann Danae, 1996, Seftigen
Beck Hanna, 1990, Gümligen, Mitglied Gemeindeparlament
Hari Jasmine, 1989, Aeschlen
Heiniger Janina, 1997, Lotzwil
Möri Nadine, 1992, Bern
Oppliger Valérie, 1989, Tramelan, Mitglied Gemeindeparlament
Renfer Rebecca, 1994, Münsingen, Mitglied Gemeindeparlament
Rubin Melody, 1988, Steffisburg
Schnegg Sara, 1990, Lyss, Mitglied Gemeindeparlament
Schwyn Saskia, 1988, Boll
Zürcher Myriam, 1989, Ostermündigen, Mitglied Gemeindeparlament
Badertscher Simon, 1987, Thun
Bühlmann Matthias, 1985, Bern
Frey Dario, 1997, Spiez
Grimm Nicolai, 1997, Belp
Hählen Raphael, 1995, Thun
Haller Matthias, 2000, Ittigen
Küenzi Patric, 1989, Brenzikofen
Lehmann Andrin, 1988, Biel
Liechti Silas, 1985, Biel
Meinen Jonas, 1990, Konolfingen
Sollberger Lévi, 1998, Nods
Surbeck Tim, 1999, Steffisburg
Wellauer Lukas, 1987, Bern

EVP-News in Kürze

Nationale Frauentagung

Am Samstag, 18. Mai, findet in Aarau eine Impuls- und Vernetzungstagung der EVP-Frauen zum Thema «Menschenwürde» statt. Sie umfasst Referate, ein World Café, praxisbezogene Workshops und Gelegenheit zu ungezwungenen Begegnungen. Interessierte Frauen aus der ganzen Schweiz sind

eingeladen. Infos und Anmeldung unter evppev.ch/frauentagung.

Brisanter Thuner Politlunch

Am Thuner Politlunch 2019 der christlichen Parteien EVP, CVP und EDU bot Professor Marc Chesney von der Uni Zürich den 60 Gästen eine brisante Momentaufnahme zum Thema «Finanzkrise – 10 Jahre danach». Gewinnoptimierung um

jeden Preis kam dabei ebenso zur Sprache wie die Bedeutung eines persönlichen Wertekatalogs. Der Foliensatz dazu ist auf www.evp-thun.ch aufgeschaltet.

Wechsel in Langnau

Christoph Utiger trat per Ende 2018 aus dem Grossen Gemeinderat von Langnau i. E. zurück. Seine Nachfolge hat André Röthlisberger angetreten.

Spendenbarometer Nationale Wahlen 2019

Wahlbudget: 100 000.– Stand 28. 2. 19: 57 634.–
 Am 20. Oktober 2019 werden Nationalrat und Ständerat neu gewählt. Ziel der EVP ist es, den bisherigen Nationalratsitz von Marianne Streiff sicher zu verteidigen. Dies ist alles andere als selbstverständlich, da der Kanton Bern wegen der demografischen Entwicklung einen weiteren Nationalratsitz verliert. Zur Finanzierung der Werbemittel (exkl. Gestaltungs-kosten) benötigen wir noch Spenden in der Höhe von CHF 42 366.–. Die EVP ist auf Ihre Mithilfe ganz dringend angewiesen und dankt Ihnen ganz herzlich für Ihre Unterstützung!
 EVP Kanton Bern, PC 30-20312-1



100 ANS DU PEV SUISSE
Célébration du 9.3.2019



Fotos: Ernst, Josi / EVP CH

LES DÉBUTS DU PEV

Début réussi et endurance

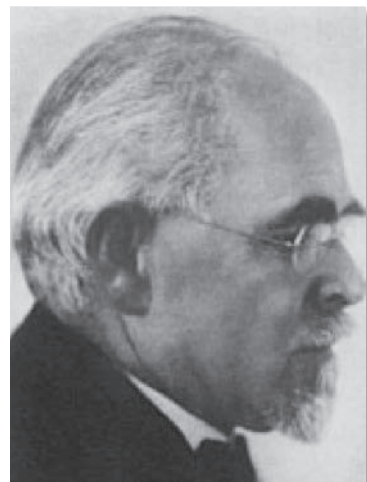
En 1919, des chrétiens fondent le Parti Evangélique (PEV). Ils souhaitent motiver les autres chrétiens à prendre leur responsabilité. Au vu de la détresse sociale et des profonds fossés politiques, leur objectif est de construire des ponts. Les débuts du PEV dans le canton de Berne sont tout d'abord modestes et pendant longtemps le PEV n'est actif que localement.

Suite à l'introduction du système proportionnel pour les élections, l'«Union politique des citoyens chrétiens» prit part aux élections du Conseil de Ville de Berne et obtint un siège. Après que le «Parti chrétien-protestant» du canton de Zurich ait obtenu deux sièges au sein du Parlement cantonal au cours de cette même année, le commerçant zurichois **Arnold Muggli**, vivant à Berne, prit l'initiative de créer un parti évangélique. L'objectif central était d'encourager les chrétiens évangéliques à façonner une société

Le PEV est un parti populaire. Il n'est pas un parti de masse, mais réunit toutefois des chrétiens de toutes les classes sociales. Les questions essentielles devaient être débattues par ces chrétiens afin de pouvoir ensuite les intégrer dans la société. Dans une phase initiale, **Hermann Bächtold**, Professeur d'histoire bâlois, marqua l'orientation socio-politique du parti de manière important et fut ainsi le pionnier en matière de programme. Les 26 principes directeurs qu'il formula en 1931 pour le PEV étaient, pour l'époque, très radicaux. Parmi ceux-ci se trouvaient l'introduction d'une AVS/AI, un impôt sur les successions plus importants et la lutte contre l'évasion fiscale.

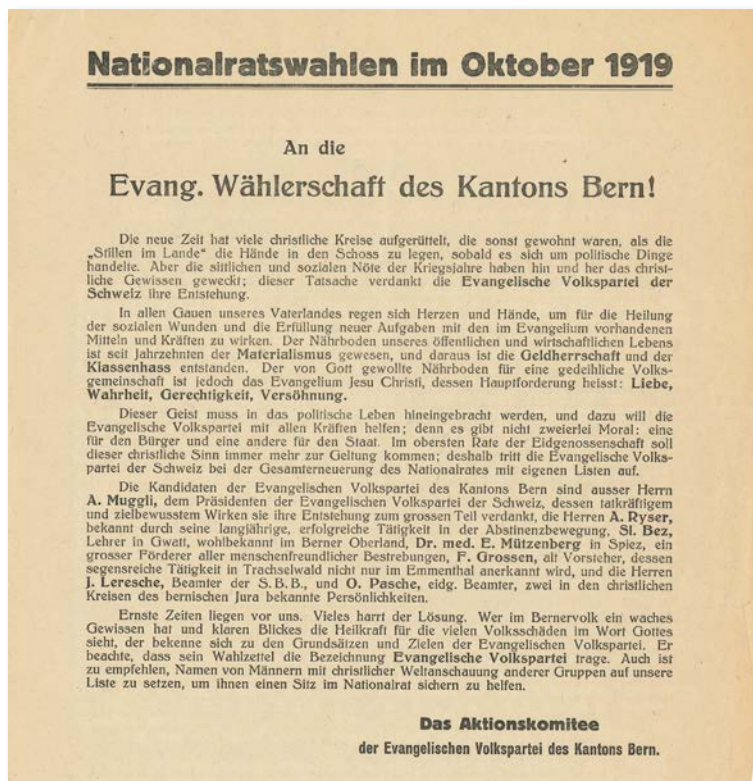
Participation aux élections nationales

En 1919, le PEV participa pour la première fois aux élections nationales dans le canton de Berne et cela sous la conduite de la section locale Berne du PEV. Arnold Muggli, ainsi que six autres hommes venant de toutes les parties du canton, dont deux candidats romands, se présentèrent comme candidats. L'appel aux urnes fut lancé par «le Comité d'action du Parti Evangélique du canton de Berne». Pour la première fois de son histoire le PEV se présenta au niveau cantonal alors même qu'officiellement le parti cantonal ne fût alors pas encore formé. La première participation à une élection nationale fut favorisée par l'introduction du système électoral proportionnel en 1918 obtenue par initiative populaire. Pour la première fois, cela permit à de petits groupes d'avoir la chance d'accéder à un siège parlementaire. Toutefois, le PEV du canton de Berne n'obtint en 1919 pas de siège au Conseil national,



Arnold Muggli (1^{er} Président du PEV Suisse).

positive en se basant sur les valeurs chrétiennes et de surmonter ainsi les profonds fossés sociétaux existants en Suisse entre la bourgeoisie et la classe ouvrière au terme de la 1^{ère} guerre mondiale. La création du Parti Evangélique Suisse eu lieu le 10 mai à Zurich. Le premier président central du PEV fut Arnold Muggli. Les fondateurs choisirent un nom de parti qui est resté identique jusqu'à aujourd'hui.



contrairement au canton de Zurich. Avec une part électorale de 1,2%, le PEV bernois était loin d'obtenir un siège (3,0% étaient nécessaires pour un mandat). Le fait que la participation électorale se soit élevée au niveau record de 83,4% et celui qu'aucun apparemment de liste n'ait été fait avec un autre groupe ne s'avèrent pas être en faveur d'un succès du PEV. Les autres partis considèrent le PEV en tant que groupe minoritaire et concurrent. Malgré le siège national manqué, Arnold Muggli, Président central du PEV Suisse, responsable de campagne et Président de la section locale Berne, considéra que cette participation électorale fut positive. Elle permit en effet de faire connaître ce jeune parti dans tout le canton.

Première section romande

En 1919, se constituèrent dans le canton de Berne, en plus de la section locale Berne, d'autres sections locales à Bienne, Thoun, Steffisburg et Saanen. Le PEV existe ainsi dans le canton de Berne depuis 1919. En 1920 le PEV bernois comptait 500

membres. La création officielle du PEV canton de Berne ne se fit que le 29 janvier 1921 à la Mairie de Berne. Arnold Muggli se proposa afin d'être le premier président cantonal par intérim. Cependant, pendant de nombreuses années, le PEV ne resta actif qu'au niveau local. Et aucune nouvelle section locale ne naquit pendant plusieurs années. La seule exception reste le «Groupe romand du Parti populaire évangélique», qui, en tant que toute première section romande du PEV, se constitua à Bienne en 1929. Toutefois, ce groupe fut dissous en 1931 déjà en raison de la crise économique ravageant la ville horlogère. En 1950 seulement furent créés les sections régionales Emmental et Herzogenbuchsee. Suivirent les partis locaux de Köniz en 1956 et de Bolligen en 1965. Le premier pied au sein du Grand Conseil fut mis en 1958 seulement. En 1963, le parti cantonal participa pour la première fois depuis 1919 aux élections nationales, toutefois sans succès.

Heiner Studer / Philippe Messerli

De modeste à force marquante au centre

1958, le PEV gagne son premier siège au sein du Grand Conseil. Ce qui a débuté de manière modeste, est devenu un succès impressionnant. Le PEV a progressivement renforcé son profil et sa force. En 1994, il crée son propre groupe et se profile peu à peu au sein du Grand Conseil comme une force marquante de cohésion se situant au centre.

Une percée importante au niveau cantonal fut obtenue à la fin des années 50. Lors des élections du Grand Conseil de 1958, le PEV, ville de Berne, obtient pour la première fois de son histoire un siège au sein du Grand Conseil grâce au conseiller de Ville **Alfred Wachter**. En 1960, Wachter décéda en cours de mandat et **Emil Ernst Ronner**, écrivain et conseiller de Ville, lui succéda. Lors des élections du Grand conseil de 1966, ce siège fut toutefois perdu. Cependant, cette même année, **Willy Linder**, représentant du PEV Thoune, propriétaire d'une laiterie, fut élu en se présentant sur une liste du Parti des paysans, artisans et indépendants (PAI, devenu UDC en 1971). Linder resta en fonction jusqu'en 1978. Le PEV est ainsi représenté de manière ininterrompue au sein du Grand Conseil depuis 1958. En 1970, le siège du PEV de la Ville de Berne fut reconquis. Après qu'**Hanspeter Aebischer**, conseiller de Ville élu, a dû, très rapidement, se retirer pour des raisons de santé, **Hans Aebi**, de Bolligen, lui succéda. Il exerça son mandat jusqu'en 1980. Les deux députés au Grand Conseil du PEV rejoignirent le groupe UDC. L'ancien PAB fut pendant longtemps considéré comme étant le parti avec lequel nous avons le plus de points communs. En campagne, beaucoup de ses membres étaient engagés dans les églises.

Sièges supplémentaires

Dès 1971, le PEV vécut une croissance marquante grâce à l'introduction du vote pour les femmes. En 1974, le PEV obtint un nouveau siège dans le cercle électoral «Berne-Campagne» grâce à **Otto Zwygart jun.** Dans les années 70, le PEV prit de plus en plus conscience de son positionnement en tant que parti du centre. C'est pourquoi, la création d'un groupe avec l'Alliance des Indépendants (Adl) en 1979 fut presque une évidence. D'autant plus qu'une année auparavant, le PEV obtenait, avec **Hans Moser**, un siège supplémentaire dans le district de Konolfingen. La longue collaboration du PEV avec l'Adl se révéla être très fructueuse. Les deux partis parvinrent à se positionner et à se profiler au sein du Grand Conseil en tant que groupe du centre.

En 1982, le PEV obtint un siège supplémentaire dans les districts de Frutigen, Berthoud et Thoune et comptait alors sept sièges au Grand Conseil. En 1984, la première femme PEV, **Maria Schaer-Lüthi** intégra le Parlement cantonal. Après l'apogée de 1982, le PEV expérimenta une courte phase de faiblesse. Un siège fut perdu en 1986 et en 1990 le Grand Conseil ne comptait plus que quatre membres du PEV. Toutefois, la part électorale totale se montait à 3,4% ce qui avec les 200 membres du Grand Conseil de l'époque aurait dû suffire pour plus de sièges.

En hausse depuis 1994

En 1994 déjà, le PEV obtient, grâce à une part électorale de 4,0%, sept sièges au sein du Grand Conseil se retrouvant ainsi à un niveau semblable à celui de 1982. Il reconquit les sièges perdus de Konolfingen et de Berthoud et gagna pour la première fois un siège dans l'Haute-Argovie. Au grand dam de l'Adl, le PEV décida en 1994 de créer pour la première fois son propre groupe. Celui-ci peut être fier des nombreux succès obtenus. Grâce à un travail de développement et un travail au niveau de la base ainsi que grâce à des apparentements de liste, le groupe s'agrandit en 1998 pour atteindre 8 membres (force électorale de 4,4%). En 2002, il comptait 11 membres (6,0%) et en 2006 il atteignait son maximum de 13 membres (7,3%) et cela, soulignons-le, malgré la réduction des membres du Grand Conseil de 200 à 160 membres! Cet essor est en grande partie dû au Secrétaire général et stratège du PEV **Ruedi Löffel**, qui fut lui-même élu au sein du Grand Conseil en 2002. La hausse massive de la part électorale dont nous avons profité dans les années 1990 était principalement due aux électeurs UDC insatisfaits et opposés au nouveau tournant de leur parti. Le PEV représentait pour eux une alternative raisonnable. Avec la création du BDP, les anciens électeurs de l'UDC ont retrouvé une nouvelle-ancienne patrie, une renaissance de l'ancien PAP. Cela a conduit, lors des élections du Grand Conseil en 2010, à une baisse des parts électorales en faveur du PEV (5,9%) et une perte douloureuse de sièges



dans les districts de la ville de Berne, de Bienne-Seeland, Mittelland septentrional et la Haute-Argovie.

Premier siège romand

Cependant, le gain d'un siège dans le Jura bernois grâce à **Patrick Gsteiger** fut réjouissant. Cela permit au groupe PEV d'être, pour la première fois, représenté dans la partie francophone du canton et compta, dès 2010, 10 membres siégeant au sein du Grand Conseil. En 2014, deux sièges purent être reconquis (12 sièges avec 6,4% de l'électorat), qui durent malheureusement à nouveau être cédés en 2018 (10 sièges, 6,2%). Depuis 2014, le PEV représente les neuf cercles électoraux au sein du Grand Conseil grâce à un ou une député-e au minimum par cercle électoral.

Au sein du Grand Conseil, le PEV est devenu peu à peu une force importante de cohésion au centre. Au cours de cette année de jubilé, le PEV est représenté dans toutes les commissions de surveillance et de domaines spécifiques grâce à au moins un membre et est également présent là où les jalons importants sont posés dans l'optique

des décisions prises en plénum. Les membres du PEV ont lancé de nombreux projets de réformes et contribuent activement à forger les lois cantonales, comme par exemple en matière de frein à l'endettement, de réformes des droits politiques, de la protection face à la fumée passive, de la stratégie familiale, de l'introduction de cours de naturalisation, de stratégie sur l'eau, de l'introduction d'un concept d'encouragement précoce, de soins palliatifs, de l'accroissement de l'efficacité dans l'administration ou encore de la stratégie d'E-Government. À deux reprises, le PEV a fourni un président pour le Grand Conseil: **Heinz Dätwyler** (2004/05) et **Marc Jost** (2015/16).

Heiner Studer / Philippe Messerli

LES DÉPUTÉS DU PEV

La liste des députés au Grand Conseil se trouve à la page 5, celle des conseillers nationaux à la page 7.



Paul Aebischer

Otto Zwygart sen.

Otto Zwygart jun.

Walter Donzé

Marianne Streiff-Feller



LE PEV BERNOIS AU CONSEIL NATIONAL

Politique fédérale avec passion et personnalité

En 1967, le PEV du canton de Berne gagne, avec Paul Aebischer, son premier siège au Conseil national. Depuis, il est représenté de manière ininterrompue au Palais fédéral. Au canton de Zurich le PEV parvint quant à lui à entrer au Conseil national en 1919 déjà. Depuis 100 ans, les conseillers nationaux du PEV s'engagent avec passion et personnalité en faveur de la durabilité, la justice et la dignité humaine.

En 1919, le PEV participa aux élections du Conseil national dans le canton de Zurich avec succès et sans succès dans le canton de Berne. Depuis, le PEV a toujours été représenté au sein du Conseil national, exception faite d'une interruption de quatre ans pendant la 2^{ème} Guerre mondiale. Le gain d'un deuxième siège pour le PEV du canton de Zurich en 1959 motiva le PEV bernois à se représenter en 1963 pour la première fois depuis 1919. La part électorale de 1,9% ne suffit cependant pas pour un siège. Quatre ans plus tard, le PEV gagna, par ses propres moyens, ce siège national tant convoité avec une part électorale de 2,8%. **Paul Aebischer**, assistant social de la Croix-Bleue et conseiller de Ville bernois depuis huit ans, entra alors au Conseil national. Depuis 1967, le PEV bernois est représenté sous la coupole fédérale de manière ininterrompue. En se basant sur des valeurs chrétiennes, 18 conseillers nationaux du PEV, dont cinq issus du canton de Berne, se sont jusqu'ici engagés avec passion et personnalité pour le bien commun. Leurs thèmes centraux sont les suivants:

1. La justice sociale

Depuis sa création et en se basant sur la responsabilité chrétienne et la mise en pratique de l'amour du prochain, le PEV défend les plus faibles de notre société et s'engage pour la justice sociale. La conseillère nationale en poste **Marianne Streiff-Feller** (au Conseil national depuis 2010) préside INSOS Suisse, l'association de branche nationale des institutions pour personnes avec handicap, et se bat contre l'exploitation et la traite d'êtres humains. Son

postulat demandant l'examen de la faisabilité d'une interdiction de la prostitution en Suisse a obtenu de bons résultats.

2. La préservation de la création

Un autre élément central était et reste la préservation de la création, soit la protection de l'environnement. Le PEV traita ce thème bien avant le trend écologique. Le postulat de **Paul Zigerli** (conseiller national de 1943 à 1956) déposé en 1944 «Sauvez les eaux» marqua le point de départ de la protection des eaux dans notre pays. En tant que Président de la «Coordination nationale pour la préservation des rivières et des lacs AQUA VIVA», **Otto Zwygart jun.** (conseiller national bernois de 1983 à 2000) poursuivit l'œuvre de Zigerli. Quant à son père et prédécesseur au Conseil national, **Otto Zwygart sen.** (conseiller national bernois de 1971 à 1983), il se démarqua par un attachement marqué à la nature.

3. Le soutien aux familles

Le soutien aux familles en tant que noyau de notre société a toujours été un thème central des conseillers nationaux du PEV. **Otto Zwygart jun.** demanda dans une motion l'introduction d'un droit de vote familial afin de donner plus d'importance aux intérêts des générations futures, les parents ayant procuration pour le vote de leurs enfants. **Walter Donzé** (conseiller national bernois de 2000 à 2010) estima que la loi sur les allocations familiales ayant été acceptée au Conseil national grâce aux voix du PEV fut l'un de ses plus grands succès en tant que conseiller national. Ce dossier favorable aux familles permit d'augmenter et

d'harmoniser partiellement les allocations familiales au niveau national.

4. La protection de la vie

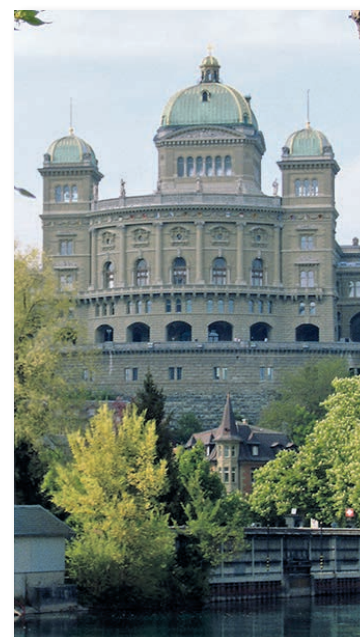
La dignité humaine et la protection de la vie de la procréation à la mort, qui en est dérivée, sont basées sur le principe biblique que l'être humain est fait à l'image de Dieu. Cela est fondamental pour le PEV. **Otto Zwygart jun.** s'est battu contre la solution des délais et la pilule abortive RU 486. **Ruedi Aeschbacher** (conseiller national de 1999 à 2010) lutta contre les pratiques éthiquement problématiques de l'aide au suicide, contre la multiplication des organisations d'aide au suicide ainsi que contre le tourisme de la mort.

Marianne Streiff-Feller combattit au sein du Parlement ainsi que dans des comités électoraux contre la modification constitutionnelle relative à la procréation médicalement assistée et les modifications légales correspondantes permettant le diagnostic pré-implantatoire et, par conséquent, une sélection ciblée des êtres humains.

5. Le problème des dépendances

Et enfin, les conseillers nationaux du PEV se sont engagés avec passion en déposant de nombreuses interventions relatives à la problématique des dépendances et de la protection de la jeunesse. En 1996, l'intervention pour l'interdiction de vente de tabac aux jeunes de moins de 16 ans d'**Otto Zwygart jun.** fut couronnée de succès. Cela n'est certainement pas un hasard étant donné qu'en plus d'**Otto Zwygart jun.**, **Paul Aebischer** (conseiller national de 1967 à 1971) et **Heiner Studer** (conseiller national de 1999 à 2007) ont également travaillé au sein de la Croix-Bleue. En tant qu'assistant social de la Croix-Bleue, Aebischer a constamment défendu les personnes alcooliques et leurs proches.

En plus de ces cinq thèmes principaux, d'autres sont également entrés dans le domaine d'action du PEV.



Grâce à une motion, **Heiner Studer** obtint que l'examen de conscience soit remplacé par la preuve par l'acte pour les civilistes. En tant que Président de la Fédération suisse de la protection civile, **Walter Donzé** était un spécialiste reconnu dans le domaine de la sécurité et de la protection de la population. Il lutta également pour l'éthique économique. Suite à la crise financière de 2008, il requit, dans une de ses motions, l'introduction d'un système de management éthique pour la place financière et l'économie. Sporadiquement des questions institutionnelles ont également été défendues. **Otto Zwygart jun.** s'est battu pour l'introduction de la juridiction constitutionnelle. Son intervention concernant la création d'une commission des valeurs a été couronnée de succès. Et enfin, **Zwygart jun.**, en tant que membre de la commission pour la révision totale de la Constitution, contribua à ce que l'introduction de la Constitution reste comme auparavant: «Au nom de Dieu Tout – Puissant!»

Heiner Studer / Philippe Messerli

Développement continu et essor

Dès la fin des années 60, le PEV du canton de Berne a vécu un développement continu. Il a réorganisé et professionnalisé ses structures en encourageant le travail de la base. Les fruits de ces efforts se sont matérialisés dans la création de nombreux partis locaux ainsi que par la croissance du nombre de membres et de la part électorale. Le PEV est devenu une puissance établie dans le paysage politique du canton.

Après que le PEV canton de Berne ait participé en 1963 pour la première fois aux élections nationales depuis 1919, une réorganisation de fond de ses structures eut lieu sous la direction du nouveau président **Alfred Kunz**. En 1966, le parti cantonal engagea pour la première fois avec **Adrian Lörtscher** un chef de campagne afin de préparer les élections nationales. Celui-ci s'avéra être un stratège de parti très habile. En 1967, sous sa direction, le PEV bernois gagna non seulement son premier siège au Conseil national, mais il se développa également localement et régionalement de manière continue. Puis, de 1968 à 1989, 23 partis locaux et régionaux supplémentaires (voir page 9) furent créés. En 1984 fut aussi fondé le parti local La Neuveville dans la partie francophone du canton. Toutefois, celle-ci ne perdura pas longtemps. Ce n'est qu'en 2005 que le PEV parvint, à la création du PEV Jura bernois, à s'ancrer définitivement dans la partie romande. Parallèlement au développement des structures locales, le nombre des membres crût également pour atteindre 900 membres en 1994. Le PEV gagna également en force politique. Ainsi, lors des élections du Grand Conseil de 1994, le parti cantonal atteint son apogée avec sept sièges au sein du Grand Conseil et une part électorale de 4,0%. Une section propre au PEV fut même créée pour la première fois au Grand Conseil.

Réferendum et initiative du PEV

En 1992/1993, le PEV bernois a démontré sa capacité référendaire pour la première fois au cours de son histoire. Il a récolté les signatures nécessaires afin de lutter contre le partage des cercles électoraux Oberland-Ouest et Seeland qui fut adoptée le 7 septembre 1992. Malheureusement le peuple adopta la modification de la loi à une petite majorité. En 1993, le PEV lança pour la première fois une initiative. La demande «Pour un nouveau préambule dans la Constitution cantonale» souhaitait intégrer une formulation contenant Dieu dans la Constitution cantonale. Malheureusement, les 15 000

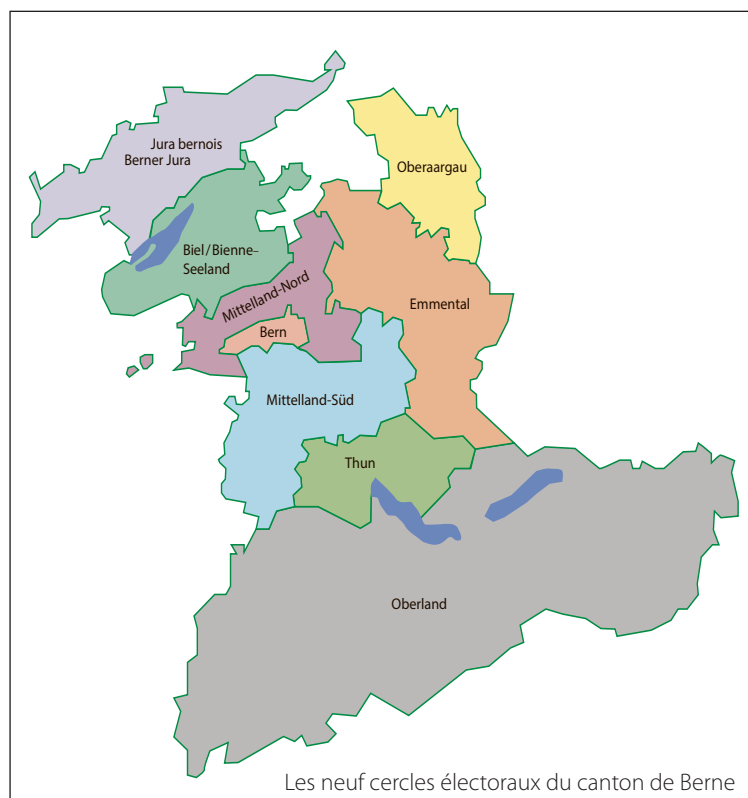
signatures nécessaires ne purent, de justesse, pas être récoltées dans les délais imposés. Au terme des délais, manquaient environ 400 signatures et l'initiative ne put ainsi aboutir. Toutefois, le PEV ne se laissa pas démotiver par cet échec.

Professionnalisation du parti

En 1997, les structures du parti furent à nouveau développées et un secrétariat de parti professionnel vit le jour. Depuis 2009, le secrétariat général se trouve à la Nägelligasse 9 à Berne et cohabite avec le PEV Suisse. Il sert de centre de services important pour le parti et ses membres. Les députés et députées au Grand Conseil sont encadrés par des commissions spécialisées et des spécialistes gravitant autour du PEV pour la préparation des affaires parlementaires et pour les procédures de consultation.

Parallèlement, le PEV investit de manière ciblée dans le travail de base et de développement. Les nombreux volontaires ont été et seront soutenus au niveau local de manière efficiente grâce aux quatre employés qui, au cours de cette année de jubilé, se partagent 145 % de temps de travail. Le secrétariat général a organisé la campagne électorale dans les lieux stratégiques importants et a encouragé la création de nouvelles sections. Ces visions stratégiques des 20 années dernières sont principalement dues aux deux stratèges **Ruedi Löffel** (Co-secrétaire général depuis 2000, se concentrant sur les élections et le travail de base) et **Lukas Zimmermann** (chargé de projet élections communales). Ce succès est rendu visible grâce au tableau ci-dessous:

| Année électorale cantonale | Nombre de partis locaux | Nombre de membres au 31.12 | Députés au Grand Conseil | Part électorale au niveau cantonal |
|----------------------------|-------------------------|----------------------------|--------------------------|------------------------------------|
| 1994 | 26 | 890 | 7 | 4,0 % |
| 1998 | 27 | 928 | 8 | 4,4 % |
| 2002 | 37 | 1047 | 11 | 6,0 % |
| 2006 | 46 | 1317 | 13 | 7,3 % |
| 2010 | 53 | 1446 | 10 | 5,9 % |
| 2014 | 56 | 1504 | 12 | 6,4 % |
| 2018 | 59 | 1508 | 10 | 6,1 % |



Les neuf cercles électoraux du canton de Berne

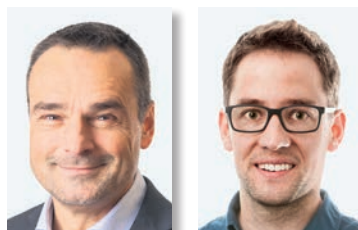
Développement positif

Le PEV canton de Berne s'est, avec l'âge, développé de manière très positive et avec beaucoup de succès! Après des débuts modestes, le parti a, après les années 60, vécu deux vagues de développements intenses. Grâce à la poussée de croissance et de développement des années 90, le PEV est devenu une force de cohésion essentielle et marquante

au centre de l'échiquier politique, donnant des impulsions décisives pour la politique cantonale. Au sein du parti Suisse, il a, en 2009, devancé le canton de Zurich en matière de nombre de membres. L'apparition des nouveaux partis du centre vert/libéraux et BDP en 2007 et 2008 a freiné la croissance du PEV et a conduit dans le canton de Berne à une stabilisation de la part électorale à 6%.

Le PEV accorde au sein du parti une grande importance à la promotion des femmes et de la relève. Le réseau des femmes vit le jour en 2008 et l'équipe régionale du parti jeunes *jev* fut créé en 2017. Le journal cantonal d'information «PEV bernois» est publié 4 à 5 fois par année. Il est envoyé à toutes les adresses du PEV (actuellement 28 500) des cantons de Berne et de Fribourg.

Il est bien connu que l'immobilisme signifie régression. La digitalisation engendre également la modification des attentes et des exigences en matière de présence visuelle sur les dépliants, les annonces, sur internet et dans les médias sociaux. Le parti cantonal a osé franchir une étape en créant en 2018 un poste de graphisme et de design. Ces nouveaux services de conception vont bénéficier au parti cantonal, aux partis locaux et aux membres engagés.



Ruedi Löffel

Lukas Zimmermann

Heiner Studer / Philippe Messerli

Visions pour les 100 prochaines années

Les partis vont et viennent, mais peu atteignent, comme le PEV le bel âge de 100 ans. Il y a des raisons d'être reconnaissants et également fiers de faire partie de cette belle histoire et de ce mouvement. Il s'agit désormais d'utiliser l'impulsion et l'élan de cette année de jubilé afin de conduire avec succès le PEV dans un nouveau centenaire.

«L'avenir appartient à ceux qui le prennent en main» déclarait le slogan du PEV dans les années 1990. La prochaine génération, des membres de l'équipe régionale du *jevpe (Jeunes PEV), expriment leurs objectifs, leur souhaits et leurs visions pour l'avenir du PEV et de notre pays. Pour les 100 prochaines années!



«Je souhaite que le PEV continue à rester fidèle à sa foi et qu'il s'engage sans se fatiguer en faveur de la création de Dieu. Cela ne concerne pas uniquement l'engagement en faveur de notre climat et de notre environnement, mais également en faveur de nos systèmes de santé et de formation. Dans le domaine médical, les progrès sont énormes. Cela engendre constamment de nouvelles questions éthiques et les primes de caisses maladies grèvent les budgets des familles de manière croissante. Je souhaite que le PEV se pose ces questions, reste fidèle à ses valeurs et continue à s'engager en faveur des familles.»

Danae Baumann, Seftigen



«Je souhaite une Suisse qui s'engage internationalement pour la protection de l'environnement. Une Suisse qui va de l'avant en montrant le bon exemple et qui donne envie de pousser l'économie vers l'avant. Une Suisse qui prend en compte les personnes socialement faibles au lieu de réduire l'aide sociale des familles touchées par la pauvreté. Une économie forte permettant le plein emploi et l'épanouissement personnel. Je souhaite une politique qui recherche des solutions et non pas des électeurs. Une politique compréhensible pour tous et accessible à tous les citoyens suisses. Je souhaite une société dans laquelle les valeurs comptent à nouveau!»

Nicolai Grimm, Belp



«Pour moi, le PEV est un parti anti-populiste. Il est factuel, honnête, s'engage pour une meilleure ambiance en politique et est le parti qui pousse le plus de jeunes à voter. Le PEV ne change pas ses thèmes centraux en fonction des thèmes «à la mode ou non», mais s'engage en faveur de ses valeurs de manière incroyablement constante. C'est pourquoi je souhaite qu'au sein du Canton de Berne le PEV soit au cours des 100 prochaines années encore connu de toutes les électrices et électeurs et qu'il soit encore connu pour ses valeurs comme «la préservation de la création», «le renforcement des familles» et «la solidarité avec les plus faibles.»

Matthias Haller, Ittigen



«Je souhaite que le PEV conserve son cadre qui permet de conduire des discussions controversées en se basant sur des principes chrétiens et, ce faisant, de rester respectueux. Il doit être perçu publiquement de manière plus intense et devenir un exemple en matière de parti n'ayant pas à se soumettre aux lobbyistes et restant fidèle à lui-même. Le PEV doit s'engager de manière conséquente pour le bien des plus faibles de notre société. Il doit se faire remarquer par ses approches et ses idées rafraîchissantes. De plus, le PEV doit se rajeunir et, à l'avenir, motiver les jeunes de manière ciblée.»

Janina Heiniger, Lotzwil



«Les processus politiques en Suisse sont variés et offrent à tous des occasions de prendre position et d'avoir de l'influence. Utilisons ces possibilités! Je souhaite un PEV en croissance avec des acteurs persévérants, tenaces, passionnés et orientés sur l'éthique chrétienne s'engageant pour un monde plus humain et un environnement intact. Le PEV du futur est un parti avec des visions. Il est l'avocat des pauvres, des désavantagés et des minorités. Notre groupe au sein du Grand Conseil devient puissant, influant et persuasif. À un futur réussi avec vous tous!»

Jonas Meinen, Konolfingen

Lutter contre la traite des êtres humains

Par sa motion, la Conseillère nationale PEV Marianne Streiff demande au Conseil fédéral de donner aux cantons les moyens financiers nécessaires à poursuivre efficacement les délits commis en matière de traite des êtres humains, l'exploitation sexuelle et l'exploitation des forces de travail. Dans le cadre du plan d'action national contre la traite des êtres humains 2017–2020, ce sont les cantons qui sont responsables des poursuites

pénales. Celles-ci sont complexes et demandent beaucoup de ressources. Il s'agit d'un phénomène spécifique et global dû à une criminalité structurée et se passant dans l'ombre. «Les cantons avec des petits corps de polices ne peuvent souvent pas mobiliser suffisamment de ressources financières ou suffisamment de personnel», souligne Marianne Streiff. «Afin de pouvoir enfin lutter efficacement contre la traite totalement inacceptable des êtres humains,

le soutien de la Confédération est nécessaire». Globalement, 40 millions d'êtres humains sont victimes de la traite des êtres humains. 49% sont des femmes et 33% des enfants. L'exploitation sexuelle (prostitution, pédophilie, pornographie, mariage forcé) et l'exploitation des forces de travail (mendicité, travail asservi, travail forcé dans les maisons, etc.) représentent les formes les plus répandues de ce délit (94%).

PEV CH

IMPRESSUM

Redaktionsadresse:

Christof Erne, Könizstr. 83, 3008 Bern
Tel. 031 991 78 91, bevpe@evp-be.ch

Inserate: Jordi AG, Belp, Urs Scharnowski,
Tel. 031 818 01 46, urs.scharnowski@jordibelp.ch.
Mediendaten: www.evp-be.ch > Parteizeitung

Geschäftsstelle:

EVP Kanton Bern, Postfach 2319, 3001 Bern
info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Adressänderungen: Bitte schriftlich an
EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, oder via
www.evppev.ch/kontakt/adressaenderung

Jahresabonnement:

Mitglieder: Fr. 5.-; Freunde / Gönner: Fr. 3.-
Postkonto 30-20312-1 (EVP)

Druckerei: W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen:

Atelier Passage, Müllerstrasse 3,
2562 Port, www.atelierpassage.ch,
info@atelierpassage.ch, Tel. 032 331 66 55

Session avec un large éventail de thèmes

Les sujets traités par le parlement cantonal au cours de la session de mars ont couvert le climat, le programme gouvernemental en passant par les questions d'asile et diverses questions financières.

Une demande des Verts pour un positionnement concernant la politique climatique a été transmise sous une forme adaptée à la commission afin d'en poursuivre le traitement. Un thème dont nous allons continuer à entendre parler.

Après quelques petites querelles comme la tentative de supprimer le bureau cantonal pour l'égalité, le programme gouvernemental 2019–2022 s'est retrouvé au cœur des débats. La commission des

institutions politiques et des relations extérieures avait, sous la direction de **Marc Jost**, très bien préparé le dossier. Le rapport a été complété par quatre déclarations de planification et une requête d'**Hans Kipfer** concernant la priorisation des finances.

Un projet très intéressant pour une nouvelle construction pour l'Office de la circulation routière a été reporté. Le Parlement demande tout d'abord au gouvernement d'apporter de la clarté en matière de solvabilité des investissements prévus. Le co-financement du «Wyss Center» dans les locaux de l'université de Berne engendre également de grosses dépenses. Avec les 100 millions de la fondation Wyss et une somme identique apportée par l'université de Berne, des montants

considérables doivent, au cours des dix prochaines années, être investis au profit du développement durable. Ce projet a été accepté à une grande majorité, dont les voix du PEV.

L'intervention de **Barbara Streit** concernant une formation obligatoire pour les nouveaux propriétaires de chiens n'a malheureusement eu aucune chance.

Deux motions concernant l'aménagement d'un centre de départ pour les demandeurs d'asile déboutés à Prêles ont donné lieu à de longs débats. Les locaux vides pourraient être utilisés sans gros investissements. L'idée que les réfugiés déboutés soient réunis en un lieu et soient ainsi arrachés à l'environnement qu'ils se sont créés allait cependant trop loin pour le PEV. Il s'est engagé pour une solution décentralisée

proposant une perspective pour les personnes qui ne peuvent être renvoyées.

Un centre de départ à Prêles n'est désormais plus d'actualité, mais ce thème réapparaîtra sous une autre forme à l'ordre du jour. Une intervention demandant l'augmentation de la taxe sur les véhicules à moteur en faveur de l'impôt sur le revenu a été reportée. Il s'agit d'un bon complément à mon postulat en suspens concernant une taxe écologique lors d'un achat d'un véhicule fortement polluant.



Markus Wenger

Markus Wenger, député au Grand Conseil

VOTATIONS CANTONALES DU 19 MAI 2019

Pour une aide sociale durable

Le 19 mai, les bernoises et les bernois voteront sur la loi sur l'aide sociale. Ils devront choisir entre une coupure de l'aide sociale et le projet populaire «Pour une aide sociale efficace» soutenu également par le PEV permettant de réinsérer les personnes dans le marché du travail et les protégeant de la pauvreté.

Contre la volonté du PEV, la majorité du Grand Conseil 2018 a décidé de réduire l'aide sociale pour les besoins élémentaires de 8%. En raison de cette décision, la minorité des députés du Grand Conseil, dont le PEV, a récolté plus de 16 000 signatures en faveur du projet populaire «Pour une aide sociale efficace».



Barbara Streit-Stettler

Ces réductions ont des conséquences graves pour les personnes concernées. Ainsi, une famille de quatre personnes dispose encore de 7 francs par jour et par personne pour se nourrir. De nombreux enfants et de jeunes sont également concernés par ces réductions, en effet, un tiers des personnes bénéficiaires de l'aide sociale sont des mineurs.

Le projet populaire est plus durable

Avec ce projet populaire, le comité

«Pour une aide sociale efficace» souhaite opposer des mesures efficaces aux réductions:

- formations continues ciblées pour les bénéficiaires de l'aide sociale afin que ceux-ci puissent (ré)insérer le marché du travail;
- collaboration plus étroite entre l'économie, les services sociaux et les cantons afin d'intégrer les personnes de manière plus rapide et avec plus de succès;
- les personnes en fin de droits ayant plus de 55 ans doivent, après un minimum de 20 années de travail rémunéré, être soutenues à la hauteur des prestations complémentaires afin de les protéger de la pauvreté;
- autres soutiens en fonction des approches mises en place par la

Conférence suisse des institutions d'action sociale (CSIAS).

Économiser des coûts

La coupure décidée par la majorité des députés du Grand Conseil permet certes des économies à court terme, mais ne permet pas de réduire le nombre de bénéficiaires de l'aide sociale. Le projet populaire, quant à lui, permet à plus de personnes de retrouver une place de travail. Cela aide directement les personnes concernées et permet de plus, d'économiser des montants importants. Le PEV BE voit également le status quo comme variante, c'est pourquoi il laisse la liberté de vote en ce qui concerne le projet populaire.

C'est pourquoi votez non à la proposition du Grand Conseil. A la question subsidiaire, choisissez le projet populaire.

Barbara Streit-Stettler
députée au Grand Conseil

Le PEV accepte le compromis RFFA



Le 19 mai la peuple suisse votera sur la loi fédérale relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA). Le PEV se prononce en faveur de ce compromis qui abolit les privilèges fiscaux internationalement non acceptés et qui soutient l'AVS au niveau financier. En comparaison avec la réforme de l'imposition des entreprises III (RIE III)

refusée par le peuple, cette nouvelle réforme a été nettement améliorée. La déduction de l'intérêt du capital propre qui était inacceptable disparaît. De plus, les dividendes seront à l'avenir imposés au minimum à 70% au niveau de la Confédération (50% auparavant) et à au moins 50% au niveau des cantons (jusqu'ici sans minimum).

Suite au rejet de la RIE III, les vainqueurs de la votation avaient demandé une «compensation sociale» pour les déficits fiscaux. La RFFA prévoit donc un financement supplémentaire à l'AVS. Des réformes de fonds de la prévoyance vieillesse restent malgré tout nécessaires.

PEV CH

Votations du 19 mai 2019

| | | |
|---|----------------------------|------------------|
|  | Réforme fiscale/AVS (RFFA) | OUI |
| | Directive sur les armes | OUI |
|  | Loi sur l'aide sociale: | |
| | Projet du Grand Conseil | NON |
| | Projet populaire | Liberté de vote |
| | Question subsidiaire | Projet populaire |